N D E S R A T
des
AARGEBIETES.

IV. Wahlperiode/ 18.Sitzung.
1. Sitzungsperiode 1934.

Stenographischer Bericht

über die am Donnerstag, den 11.Januar 1934 im Neuen Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundene Sitzung des Landesrates.

---

orsitzender Schmoll (DF): Meine Dame und meine Herren! Ich eröffne hiermit die Sitzung (10 Uhr).

Der Herr Präsident Scheuer ist verhindert, die Sitzung zu leiten, da er beim letzten Glatteis einen Unfall erlitten hat. Er hat mich deshalb mit der Leitung der heutigen Sitzung beauftragt.

Zunächst möchte ich mitteilen, daß Herr Abgeordneter Brück ausgeschieden ist. Herr Brück hat dies in einem Schreiben mitgeteilt. An seine Stelle rückt ordnungsgemäß Herr Dr. Helmuth Schweig ein. Herr Dr. Schweig hat das Amt angenommen und der Landesrat ist somit wieder vollzählig.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, stelle ich fest, daß die Herren Abgeordneten Levacher, Scheuer, Haßler, Dr. Dr. Röchling, Braun und Baltes als entschuldigt fehlen.

Die Regierungskommission ist vertreten durch Herrn

Ministerialdirektor Kuchenbecker, als Staatskommissar.

--

Der Ältestenrat hat sich damit beschäftigt, wie der Verlauf der heutigen Sitzung sein soll. Wir sind uns darin einig geworden, daß jeder Fraktion eine Redezeit von dreiviertel Stunden zugebilligt wird. In dieser Zeit kann zur Vorlage und auch gleichzeitig zu allgemeinen Tagesfragen Stellung genommen werden. Ich schlage jedoch vor, daß wir zunächst zur Vorlage sprechen, damit das Gutachten ordnungsgemäß abgegeben werden kann.

--

Die

T a g e s o r d n u n g

liegt Ihnen vor. Sie umfaßt folgende Punkte:

Beratung des Verordnungsentwurfes betreffend:

Lebenswichtige Betriebe (Elektrizität, Gas und Wasser).

Ich

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

Ich möchte noch erwähnen, daß die Regierungskommission noch weitere Vorlagen in Aussicht gestellt hat und zwar eine Vorlage, die das Gebiet der Sozialversicherung betrifft, und eine andere über Pachteinigungsämter. Der Ältestenrat hat beschlossen, diese Vorlage betr. Pachteinigungsämter in die Kommission zu verweisen. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, stelle ich hierzu das Einverständnis des Hauses fest.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein. Der Bericht der Kommission liegt schriftlich vor, sodaß er nicht mehr vorgetragen werden muß. (Siehe Anlage).

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4 I

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

orsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Becker !

bg. Becker (DF): Deutsche Volksgenossen! Gestern sind wir in das letzte Jahr der fünfzehnjährigen Trennung von unserem Vaterlande eingetreten. Es ist heute kein Jahr mehr, sondern es sind nur noch 364 Tage bis der Tätigkeit der Regierungskommission - selbst nach dem Versailler Vertrag - ein Ende gesetzt wird. Umsomehr muß es auffallen, daß die Regierungskommission in letzter Minute einen Verordnungsentwurf einreicht, der nur dann Sinn und Zweck haben kann, wenn seine Ausführung und Durchführung sich auf Jahre erstrecken würde und sich in Jahren auswirken könnte. Das ist nach Lage der Dinge unmöglich. Dazu kommt, daß dieser Verordnungsentwurf mit einer außerordentlich verdächtigen Eile - uns ist zur Verabschiedung eine Frist bis zum 12.Januar gestellt worden- verabschiedet werden soll. Es gehört nicht viel dazu, zu merken, daß hier besondere Dinge beabsichtigt sind. Man sagt in der Denkschrift, die dem Entwurf als Begründung beigegeben war, daß man vom Standpunkt des Aufsichtsrechtes des Staates die Möglichkeit haben müßte, die allgemeinen und wirtschaftlichen Interessen der Gemeinden und Gemeindeverbände einheitlich zu wahren und daß die Einwirkung der lebenswichtigen Betriebe auf das gesamte Wirtschaftsleben eine tiefgehende sei. Die Gefahr von Monopolbildungen zu Ungunsten der Konsumenten könne nahe liegen und Allgemeininteressen könnten einen Eingriff des Staates in die Preisbildung rechtfertigen. Das sind teils Gemeinplätze, mit denen man alles mögliche begründen kann, teils sind es Theorien, die im neuen Deutschland in die Wirklichkeit umgesetzt werden oder umgesetzt werden sollen. Jedenfalls sind diese Gedanken in den Ländern, deren Staatsangehörigkeit die ausländischen Mitglieder der Regierungskommission besitzen, allgemein noch sehr wenig verbreitet. Man muß daher notwendigerweise zu dem Schlußkommen, daß es der Regierungskommission gar nicht auf das ankommt, was sie in der Begründung zu der Vorlage sagt, sondern, daß ganz andere Motive die Vorlage veranlaßt haben. Im "Saarbrücker Abendblatt" vom 30.Dezember v.Js. sind Mitteilungen ergangen, denen bisher durch Auflage-Nachrichten nicht widersprochen worden ist.

(Zuruf des Abg. Detjen(KP): Das Schmutzblatt nimmt niemand mehr erst!)

Von Auflage-Nachrichten macht man ja heute reichlich Gebrauch. Nach dieser Darstellung kam es zwischen dem Präsidenten der Regierungskommission und der V.S.E. zu einem Konflikt, weil die V.S.E. und das Kraftwerk Wehrden seit Monaten versuchten, die Zusammenarbeit der Stromerzeuger und Stromverteiler in einen zweckmäßigeren Rahmen zu bringen. Aus Gründen, wie sie auch bei der Lex Karcher mitgespielt haben, will man diese Zusammenarbeit verhindern. Man will also gerade das Gegenteil von dem erreichen, was man in der Denkschrift dargelegt hat. Die mit der V.S.E. geführten Verhandlungen bezweckten doch, die Preise zu senken und durch Zusammenfassung und Fusion eine Verteilung der Abschreibungsquoten und damit eine Herabsetzung der fixen Kosten zu erzielen. Es wurde weiter beabsichtigt, eine günstigere Spitzenverteilung, die ja bekanntlich in der Elektrizitätswirtschaft eine große Rolle spielt, zu erzielen. Zweck der neu bevorstehenden und der von den Interessenten geplanten Vereinigung war auch die Ausarbeitung eines Einheitsvertrages, durch eine gerechte und gleiche Lösung erzielt werden sollte.

Zu welchem Zweck will man in diese Entwicklung eingreifen und warum soll diese Entwicklung gestört werden ?

Es ist an und für sich schon ein wahrer Jammer für die ganze Saarbevölkerung, daß sie eine Regierung hat, die an positiver Arbeit für das Wohl der Bevölkerung wenig tut und stattdessen nur sich selbst liquidiert. Unerhört ist aber, daß sie in diesem Augenblick dazu übergehen will, in die Tätigkeit anderer Faktoren des Saargebietes, die Positives für die Bevölkerung zu leisten haben, hemmend einzugreifen.

Die ganze Vorlage ist nur möglich infolge der grundsätzlich falschen Einstellung der Regierungskommission. Die Regierungskommission geht davon aus, daß das Abstimmungsresultat nicht feststehe, während für uns dieses Resultat absolut sicher ist und uns zwingt, mit dieser Tatsache als mit etwas Gegebenem zu rechnen. Das Leben, Wirken und Streben der Saarbevölkerung wird 1935 noch nicht zu Ende sein und wir als Vertreter der Saarbevölkerung haben die Verantwortung dafür, daß nach dem 10.Januar 1935 die Bevölkerung noch leben kann. Wir haben daher alles dafür einzusetzen, daß die Rückgliederung ungehindert und verhältnismäßig leicht vonstatten geht. Die Befugnisse der Regierungskommission erstrecken sich aber nur auf die Zeit bis 1935, also nur noch auf 364 Tage. Sie hat kein Recht, mit dieser Verordnung in die Verhältnisse nach 1935 einzugreifen. Man hat das Gefühl,daß sie jetzt die Gesetzgebungsmaschine noch recht kräftig in Bewegung setzt, um zu zeigen, daß sie noch da ist. Es gibt doch für die Regierungskommission lohnendere Aufgaben. Um gleich bei der Vorlage zu bleiben -, der Regierungskommission ist es bekannt, daß seit Jahren die Bestrebungen dahin gehen, Strom zu exportieren, um auf diese Weise der Saarwirtschaft zu helfen. Warum hat die Regierungskommission es bisher unterlassen, die Wirtschaft in diesen Bestrebungen zu unterstützen? Ich bleibe weiter im Rahmen der Vorlage, wenn ich darauf hinweise, daß die Regierungskommission in diesem Verordnungsentwurf zum ersten Male auf die Interessen der Arbeitnehmer hingewiesen hat. Gerade im Munde der Regierungskommission klingt dieser Ausspruch außerordentlich merkwürdig. Zur Befriedigung berechtigter Ansprüche der Arbeitnehmer hätte die Regierungskommission in den verflossenen 14 Jahren genug Gelegenheit gehabt. Derartige Dinge sollten eigentlich zu gut sein, als daß sie zur Maskierung von Absichten, die auf ganz anderem Gebiete liegen, in die Vorlage eingearbeitet werden. Wenn die Regierungskommission wirklich etwas für die Arbeitnehmer tun will - so hätte sie es in der Hand gehabt - durch Arbeitsbeschaffung hier manches Elend zu beseitigen oder zu lindern. Ich kann auch da wieder nur auf die segensreiche Tätigkeit der neuen Regierung in Deutschland verweisen.

(Zurufe der Kommunisten und Sozialdemokraten: Hört,hört, Lächerlichkeit!)

Sie werden es nächstens zu spüren bekommen. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichskanzlers Hitler hat sogar auf das Saargebiet eine günstige Rückwirkung gehabt.

(Lärm und Toben der Kommunisten und Sozialdemokraten,sodaß die Zwischenrufe verloren gehen).

- Glocke des Vorsitzenden -

(Erneute Zwischenrufe der Linken, die in Durcheinanderschreien übergehen).

- Glocke des Vorsitzenden -

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4 1

Vorsitzender: (Die Kommunisten versuchen, ihn am Sprechen zu hindern) Ich habe keine Veranlassung, mich weiter mit Ihnen zu unterhalten, sondern werde, wenn keine Ruhe eintritt, von meinen Befugnissen Gebrauch machen.

Abg. Becker weiterfahrend: Auch hier im Saargebiet ist eine Verminderung der Arbeitslosenzahl eingetreten. Die Verminderung der Arbeitslosigkeit im Saargebiet ist lediglich eine Folge der Maßnahmen des Reiches. Ohne diese Maßnahmen würde sich die Arbeitslosenziffer noch vermehrt haben. Auch sonst hätte die Regierungskommission Gelegenheit gehabt, die Interessen der Bevölkerung zu wahren.

Noch vor wenigen Tagen waren die Wirtschaftsvertreter bei der Regierungskommission. Sie haben auf die Schädigungen aufmerksam gemacht, die der Saarwirtschaft durch die neuen französischen Maßnahmen zur Erschwerung der Einfuhr entstehen. Sie konnten darauf hinweisen, daß nach kurzer vorübergehender Passivität der Handelsbilanz zwischen Saargebiet und Deutschland nunmehr Deutschland wieder erheblich mehr aus dem Saargebiet als umgekehrt das Saargebiet vom Reich bezieht. Sie haben die Regierungskommission nicht im unklaren gelassen, daß die französischen Maßnahmen für das Saargebiet große Schädigungen mit sich bringen müssen, und daß auch für die Regierungskommission selbst ein bedeutender Einnahmeausfall durch Wegfall eines großen Teiles der Zolleinnahmen, der Umsatzsteuer und der Einkommensteuer eintritt. Außerdem sei die Versorgung der Bevölkerung mit dem notwendigsten Lebensbedarf gefährdet, was zu einem Wiederansteigen der Arbeitslosigkeit als Folge dieser Maßnahme führen muß und führen wird.

Die Regierungskommission könnte sich wirklich einmal den Dank des Saargebietes verdienen, wenn sie hier mit aller Energie vorstellig werden und für Abhilfe Sorge tragen würde, aber wir befürchten, daß die Regierungskommission dazu nicht genügend Zeit hat. Der größte Schaden, der durch solche Vorlagen entsteht und auch durch die heutige Vorlage entstehen wird, ist der, daß die Regierungskommission an ihrer Aufgabe, die Wohlfahrt der Saarbevölkerung zu wahren, gehindert wird.

In der Kommission hat die "Deutsche Front" eine Reihe von Fragen an die Regierungskommission gerichtet. Die Antworten der Regierungskommission auf diese Fragen sind der Presse unmittelbar zugeleitet worden, weshalb ich darauf verzichte, sie hier noch einmal anzuführen. Die "Deutsche Front" hat auch die Frage des Stromexportes angeschnitten und hat gefragt, ob die Grubenverwaltung bereit sei, ihre Kohlen so billig zu liefern, daß die Stromerzeugung verbilligt werden könne. Sie hat weiter angefragt, ob die Eisenbahn bereit sei, die Kohlen, die zur Stromerzeugung dienen- in der Regel werden dazu ja Abfallkohlen verwandt- billig zu befördern. Die Regierungskommission hat darauf geantwortet, daß diese Fragen mit der Vorlage in keinem Zusammenhang stünden. Man weiß wirklich nicht, was man zu dieser Antwort sagen soll und man weiß nicht, ob man diese Antwort als "naiv" bezeichnen soll, oder ob sie eine andere Bezeichnung verdient. Leuchtet der Regierungskommission denn nicht ein, daß man ganz anders als durch solche Vorlagen, durch Stromexport, der Saarwirtschaft helfen könnte, daß man der Saarwirtschaft auch helfen könne, durch die Abgabe verbilligter Abfallkohlen und deren verbilligte Beförderung. In der Begründung hat die Regierungskommission darauf hingewiesen, wie wichtig gerade die Preishöhe für die Allgemeininteressen sei und nun sollen diese Fragen mit der Vorlage nichts zu tun haben. Diese Antwort der Regierungskommission ist für uns ein Beweis mehr

<u>dafür</u>,

L H Saarbrücken Stenographische Berichte Band N. 13 A4 I

11

dafür, daß die der Denkschrift gegebene Begründung mit der Vorlage nichts zu tun hat und wir antworten der Regierungskommission in gleicher Weise: Die Denkschrift steht mit dem Inhalt des Verordnungsentwurfes in keinem Zusammenhang." Über die wahren Gründe schweigt die Regierungskommission sich sehr beredt aus.

Nun noch zu Einzelfragen! Wir teilen nicht die Ansicht der Regierungskommission, daß ein Verstoß gegen § 28 des Saarstatuts nicht in Frage kommt und daß es sich hier nur um die Anwendung des bestehenden Rechts der Aufsichtsbehörde handle. Das Recht auf Aufsicht, begründet noch lange nicht das Recht auf weitgehende Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht. Auf unsere Frage 6:

> „Welche Unterlagen haben die Regierungskommission zu dem Entschluß gebracht, daß im allgemeinen Interesse oder im Interesse einzelner Gemeinden für Elektrizität, Gas und Wasser Höchstpreise festgesetzt werden müssen."

hat die Regierungskommission geantwortet, daß im Interesse der Bevölkerung Garantien geschaffen werden müßten. Wir sind der Ansicht, daß zur Wahrung der Interessen der Bevölkerung doch die Gemeindeparlamente da sind. Die Gemeindeparlamente können doch die Preise für Gas, Wasser und Elektrizität kontrollieren und können sie selbständig festsetzen.

Auf unsere Frage 13:

> „Verfügt die Regierungskommission über Kräfte, die in der Lage sind, objektiv im alleinigen Interesse der Saarwirtschaft und der Saarbevölkerung und nicht im Interesse eines Interessenten die Staatsaufsicht ausüben zu können ?

hat die Regierungskommission in lapidarer Form geantwortet: Selbstverständlich! Auch wenn die Regierungskommission in diesem Brustton der Überzeugung ausspricht „selbstverständlich", so haben die Erfahrungen mit Persönlichkeiten, die die Regierungskommission mit ähnlichen delikaten Aufträgen betraut hat, gemacht hat, der Bevölkerung keinen Anlaß gegeben, sich durch diese Antwort "selbstverständlich" beruhigt zu fühlen.

Auf unsere Frage 14:

> "Ist die Regierungskommission auch bereit, die Aufsicht über die gesamten Betriebe der Grubenverwaltung bezw. die Versorgungsbetriebe der Grubenverwaltung auszuüben und überhaupt alle Maßnahmen der Artikel 1 bis 4 auch gegenüber der Grubenverwaltung zu ergreifen?

hat die Regierungskommission geantwortet, sie übe ihre Befugnisse im Rahmen des Friedensvertrages aus. Aus dieser Antwort geht nicht hervor, ob die Regierungskommission tatsächlich eine Aufsicht über die Grubenverwaltung ausüben will oder nicht. Wenn letzteres der Fall ist, darf eine ausländische Macht im Saargebiet machen was sie will, während die Selbstverwaltungsorganisationen der Bevölkerung, die sich in Wahrung ihrer Pflicht oft in einem Gegensatz zu dieser ausländischen Macht befinden, in ihrer Tätigkeit gehemmt werden.

Unsere

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 113 A4 1

Unsere Frage 15:

„ Aus welchem Grunde wird der Rechtsweg ausgeschlossen?"

wurde von der Regierungskommission dahingehend beantwortet, daß die Entscheidungen sofort ausgeführt werden müssen. Dies kann unter keinen Umständen als ausschlaggebend angesehen werden, denn man kann auch auf dem Rechtsweg schnell handeln und die oberste Pflicht des Staates muß immer bleiben: für Recht einzutreten und für Recht zu sorgen.

Zu der Frage 18:

„ Warum ist auch in diesem Falle der Rechtsweg ausgeschlossen?, zumal Ordnungsstrafen bis zu 100 000 Franken angedroht werden ?„

hat die Regierungskommission auf ein deutsches Gesetz,und zwar auf das Gesetz über die Bankenaufsicht hingewiesen,. Ob aber die gegenwärtige Vorlage mit diesem Gesetz verglichen werden kann, scheint mir sehr zweifelhaft. Es ist aber auch grundsätzlich festzustellen, daß die hier im Saargebiet eingesetzte Regierungskommission nicht berechtigt ist, dieselben Maßnahmen zu treffen, wie die deutsche Regierung. Die deutsche Regierung ist eine nationale autoritäre Regierung.

(Zuruf des Abg. Hey(KP): Eine Blutregierung, eine Mörderregierung ist das ! Eine Brandstifterregierung!)

- Glocke des Vorsitzenden -

rsitzender: Herr Abgeordneter Hey, ich rufe Sie zur Ordnung.

g. Becker (DF) fortfahrend: Die deutsche Regierung kann solche Verordnungen mit Fug und Recht erlassen. Der Tätigkeit der Regierungskommission sind aber viel engere Grenzen gezogen. Die Regierungskommission mag das bedauern, aber das ist nun einmal so.

Aus all diesen Gründen muß die deutsche Front diese Vorlage ablehnen. Sie gibt ihr Gutachten in diesem Sinne ab.

Sie ist aber auch für eine Ablehnung der Vorlage, weil sie der Meinung ist, daß die Regelung dieser Frage für das letzte Jahr der Regierungstätigkeit nicht mehr notwendig erscheint, und weil nach der Rückgliederung des Saargebietes diese Frage von berufener Seite neu geregelt werden wird.

(Bravo- Rufe der Deutschen Front !)

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lorenz !

Abg. Lorenz (KP): Meine Dame und meine Herren! In dem Leitartikel der heutigen Saarbrücker Zeitung steht zu lesen, daß heute in einem Jahre die Frist für das Regime abgelaufen ist,dann tritt es ab von der Bühne des politischen Spiels. Wir sind der Auffassung als Kommunistische Fraktion, daß, wenn man schon daran erinnert, daß jetzt 14 Jahre vorbei sind,daß es dann vor allen Dingen notwendig ist, von dem Gesichtspunkte aus zu untersuchen, wer wird möglicherweise in einem Jahr abtreten müssen ?

Wir glauben nicht diejenigen, die sich tagtäglich 24 mal wiederholen müssen, 95 % der Bevölkerung des Saargebietes stehen bei der Deutschen Front. Wir sind der Auffassung, daß die Kommunistische Partei und die Kommunistische Fraktion des Landesrates mit Fug und Recht von sich behaupten können, daß die werktätige Bevölkerung des Saargebietes hinter ihr stehen.

(Gelächter und Zurufe aus der Deutschen Front!)

Zur Deutschen Front gewendet: Sie haben in der Vergangenheit, in den 14 Jahren nicht eine einzige Maßnahme der Regierungskommission bekämpft, das, was ihr die vergangenen 14 Jahre gemacht habt, war nichts anderes, als die Politik der Regierungskommission mit aller Konsequenz zu unterstützen und Verrat am deutschen Saarvolk zu üben.

Eine zweite Frage, die zu stellen ist, ist die,wo es irgend einen lebendigen Zeugen gibt für ihre schändlichen Schurkenstreiche und Gesindeltätigkeit, dann geht es ihm, wie es vor 24 Stunden van der Lubbe gegangen ist. Wenn man sich die Vorkommnisse der letzten Tage im Saargebiet vor Augen führt, so haben Sie (zu der Deutschen Front) auch nicht das geringste Recht zu behaupten, daß 95 % der Saarbevölkerung zu Ihnen stehen. Ich greife nur die Berichte Ihrer eigenen Presse heraus. Daraus kann man feststellen, daß Herr Röchling seine Arbeiter zu einer Kundgebung aufgerufen hatte. Er mußte eine Viertelstunde warten und da waren noch keine Arbeiter da. Trotzdem erklärt Herr Röchling aber bei jeder sich bietenden Gelegenheit, daß er der Vertreter von 95 % der Saarbevölkerung ist. Ich habe schon einmal darauf hingewiesen, daß zwei Kinder von 12 und 11 Jahren bei Mettlach von Landjägern im Straßengraben aufgegriffen wurden. Als sie gefragt wurden, warum sie nicht angezogen seien und warum sie betteln gehen, antworteten die Kinder, sie hätten nichts zu essen und nichts anzuziehen. Auf die Frage, ist euer Vater arbeitslos, antworteten sie, nein,er arbeitet bei Röchling und verdient da nicht genug, um uns Essen und Kleider kaufen zu können.

(Zuruf des Abg. Hey(KP): Das ist die richtige Deutsche Front!)

Wenn die Leute sich dann hierher stellen und behaupten, sie würden 95 % der Bevölkerung des Saargebietes vertreten, so tun sie das deshalb, weil sie aus Furcht und Angst vor der Abrechnung der Arbeiter sich diese hohle Phrase tägtich zweimal wiederholen müssen. Die Bevölkerung soll und muß wissen, wie diejenigen aussehen, die sich als die deutschesten der Deutschen aufwerfen, und mit deren Zustimmung die Führung der Bluthenker-Regierung in Deutschland möglich ist.

Vorsitzender: Herr Lorenz, ich muß Sie bitten, derartige Ausdrücke zu unterlassen und rufe Sie zur Ordnung.

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

Meine Herren! Sie regen sich darüber auf, das kann ich verstehen, und zwar sage ich: eine Regierung, die es fertig bringt, an einem einzigen Tage 6 Arbeiter auf bestialische Art und Weise enthaupten zu lassen, verdient nur die Bezeichnung Blutregierung.

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Ich rufe Sie zum zweiten Mal zur Ordnung, Herr Lorenz, und mache Sie auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam.

(Zuruf des Abg. Sommer (KP): Das ist doch wahr!)

Abg. Lorenz (KP) fortfahrend: Eine Regierung, die sich nur dadurch halten kann, daß sie auch nicht die geringste Kritik an ihrem Regierungssystem von katholischen und evangelischen Geistlichen dulden kann, ist vor der Arbeiteröffentlichkeit gerichtet.

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Herr Lorenz, ich bitte Sie, zur Sache zu sprechen.

Abg. Lorenz (KP) fortfahrend: Eine Regierung, die nach außen hin so ihre Macht demonstriert und aus Furcht vor der kommenden Stunde der Abrechnung der Arbeiter und Werktätigen nicht einmal dulden kann, daß zwei katholische Geistliche in der Kirche ein Amt lesen für die zwei enthaupteten Arbeiter in Deutschland, die kann uns doch nicht beibringen, daß sie für ewig Regierung in Deutschland ist, die kann uns im besten Falle ...

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Ich fordere Sie jetzt auf, zur Sache zu reden.

Abg. Lorenz (KP) fortfahrend: Ich bin ganz bei der Sache. Ich mache darauf aufmerksam, daß ich mich insofern an die Tagesordnung halte, als ich auch Ihnen sagen kann, Herr Präsident, wenn Sie die Kritik der werktätigen Bevölkerung nicht vertragen können, so kann ich das verstehen. Sie haben den geringsten Anlaß, bei den Ausführungen des Herrn Becker betr. Tätigkeit der Hitlerregierung Ihre Zustimmung zum Ausdruck zu bringen. Denn, wie der Herr Schmelzer dies im Landesrat ja schon bestätigt hat, hätten Sie ja das Saargebiet schon längst dahin gebracht, wo von einer Erhebung an der deutschen Saar nicht mehr die Rede hätte sein können.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die Regierungskommission in der letzten Kommissionssitzung eine Verordnung angekündigt hat, nach der die Sozialversicherung im Saargebiet ganz bedeutend verschlechtert wird. Die Begründung der Regierungskommission ist folgendermaßen: Wenn eine solche Verschlechterung bereits in Deutschland durchgeführt ist, ist es die logische Zwangsläufigkeit, daß die Regierungskommission dieselbe Verschlechterung auch im Saargebiet übernimmt. Meine Herren, wenn, - ich weiß nicht, ob auf den Tribünen Pensionäre oder Invalidenrentner sind- die Regierungskommission im Saargebiet versucht, ihre faschistischen Maßnahmen hinter der faschistischen Blutregierung in Deutschland zu verbergen, so deshalb, damit die werktätige Bevölkerung sieht, daß sie mit der Regierungskommission im Saargebiet den Hitlerfaschismus in Deutschland nicht bekämpfen kann und dann aber auch insbesondere nicht mit den Parteien, die der Regierungskommission geholfen haben, dahin zu kommen, wo die Regierungskommission heute ist, mit ihren fascistischen Maßnahmen die Arbeiter und Werktätigen im Saargebiet zu unterdrücken und auszuplündern.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4 I

Eine andere Angelegenheit, die auch hier erörtert werden muß und zwar deshalb, weil man nach unserer Auffassung versucht, ein großes politisches Geschäft daraus zu machen, aus jener Tatsache, daß der saarländische Minister Koßmann zu dieser Denkschrift an den Völkerbund seine Zustimmung nicht gegeben hat oder seine Unterschrift. Wir sagen: Die Erwerbslosen sollen es sich überlegen. Der Mann wird heute von der Deutschen Front so herausgeputzt, und was hat dieser Mann in der Regierung, vom ersten Tage seiner Regierungstätigkeit an getan? Ihr Erwerbslose, soweit ihr Sozialversicherte seid, jede Verschlechterung, die ihr in den letzten 14 Jahren erlitten habt, trägt die Unterschrift des Ministers Koßmann.

(Zuruf des Abg. Becker(DF): Und die Verbesserungen?)

Ausgerechnet der Millionär Becker stellt die Frage nach den Verbesserungen, er stellt sie hier, weil er unter dem Schutze der Regierungskommission die größtmöglichen Verbesserungen gehabt hat. Ich war unlängst mit einer Delegation Jägersfreuder Bergarbeiter bei Koßmann, da erlaubt sich Koßmann zu der Delegation zu sagen:"Meine Herren, glauben Sie mir, ich als Minister bin nur da für die Saarbergarbeiter." Soll ich Ihnen sagen, was die Delegation gesagt hat ? Sie hat gesagt, als wir das Regierungsgebäude verließen," wir sind schon viel betrogen worden in unserem Leben, aber noch nie so, wie heute morgen.

Zu der Verordnung selbst möchte ich bemerken, daß erhebliche Gegensätze in sich birgt und zwar der gemeinnützige Zweck auf der einen Seite und das rein erwerbsmäßige auf der anderen Seite. Sie spricht von gemischt-wirtschaftlichen Betrieben. Wir wollen untersuchen die Preisstellung für Gas,Wasser und Elektrizität in den Gemeinden und wollen einmal untersuchen die Ausbeutung der Arbeiter in der Privatindustrie. Und wir werden sehen, daß die Regierungskommission unter Röchling und der französischen Grubenverwaltung es in den letzten 14 Jahren bestimmt nicht an einem einzigen Tag haben fehlen lassen, an der größtmöglichen Ausbeutung der Arbeiter, der Werktätigen im Saargebiet in jeder Beziehung. Natürlich versucht die Regierungskommission heute ihre Verordnung, die nichts anderes erreichen soll als die Möglichkeit der Regierungskommission in die Hand zu geben, daß gegen die Bergarbeiter, die um ihre Lebensinteressen in den Streik treten, die ganze Wucht des Staatsapparates eingesetzt werden kann. Diese Verordnung versucht die Regierungskommission mit einer hohlen Phrase zu begründen und zu entschuldigen. Sie sagt, daß.es auch darum geht, die Verordnung da und dort zu handhaben, wo es um berechtigte Interessen der Arbeitnehmer sich handelt. Meine Herren, wir stellen als Kommunistische Fraktion heute die Frage in diesem Sinne. Wo und in welchen Fällen hat die Regierungskommission seit ihrer Tätigkeit im Saargebiet aber auch nur ein einziges Mal im Interesse der Arbeiter gehandelt und stellen die zweite Frage: Wieviel Beispiele gibt es, wo die heute von der Deutschen Front so schwer befehdete Regierungskommission mit allen ihr zustehenden Machtmitteln eingegriffen hat, um das Privateigentum der deutschen Kapitalisten und dasjenige der französischen Kapitalisten gegen die werktätige Bevölkerung im Saargebiet zu schützen und zu verteidigen. Ich erinnere an die verschiedenen Streiks der Schwerindustrie im Saargebiet, ich erinnere an die Streiks im französischen Bergbau. Ich erinnere an die Kämpfe der Arbeiter in den verschiedenen kleinen Betrieben,in den Kommunalbetrieben, immer und überall wurde die staatliche Macht eingesetzt, um die Arbeiter niederzuschlagen, um die Arbeiter dazu zu bringen, daß sie für einige Centimes Stundenlohn

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

im Saargebiet sowohl für den imperialistischen als auch für den französischen Imperialismus arbeiten. Das ist ganz klar, daß die Leute von der Deutschen Front, die ja heute für 1935 Stimmung machen wollen, denn wehe ihnen, wenn sie 1935 vor ihren Führern Rechenschaft ablegen müssen und sie haben die Sache nicht genügend gemacht, dann könnte ihnen passieren, daß mancher unter ihnen mit uns das Konzentrationslager teilen müßte. Wir sagen, da sie dauernd sprechen von 95 %, wir werden keine Veranlassung haben, uns mit dem Millionär Becker und Herrn Röchling um diese Frage zu streiten, deshalb nicht zu streiten, weil wir wissen, daß die Werktätigen so überzeugt sind, daß bei uns absolut kein Zweifel besteht. Weil das der Tatsache entspricht, möchte ich darauf aufmerksam machen: Die Hitlerregierung mit ihrer tatkräftigen Unterstützung wollte vier angeklagte Kommunisten dem Henkerbeil ausliefern. Millionen Arbeiter in Deutschland, zehntausende im Saargebiet, Millionen Arbeiter in der Welt haben es durch ihre Kraft möglich gemacht, der Regierung die vier angeklagten Kommunisten zu entreißen, zum mindesten vor dem Fallbeil zu retten. Und dann wollen Sie sagen, die Arbeiterschaft stünde bei Ihnen, die Arbeiter stünden bei der Regierung, die Arbeiterschaft wäre bereits so weit, daß, wenn man täglich ihre Klassengenossen enthauptet, daß sie dann solch einem blutigen Regiment in irgend etwa huldigen könnte. Wir sind außerdem der Auffassung, daß, wenn man in der Denkschrift die Frage aufrollt, die öffentliche Ordnung zu gewährleisten, so stellen wir hier die Frage: Durch wen ist die öffentliche Ordnung im Saargebiet gefährdet. Seit Tagen ist der Regierungskommission bekannt, daß die drei Mörder des Arbeiters Herbert Becker unbeschadet im Saargebiet herumreisen. Die Regierung greift nicht ein, die Regierungskommission schützt also denjenigen, der einen Arbeiter erschossen hat im Auftrag derer, die hier vorgeben, 95 % der werktätigen Bevölkerung zu vertreten. Und wenn der Saarbevölkerung solche drastischen Beispiele des Zusammenarbeitens in der Niederschlagung der Arbeiter zwischen der Deutschen Front und der Regierungskommission geliefert werden, dann wird man zu der Überzeugung kommen müssen, daß eine solche deutsche Front das Recht nicht haben.

Man streitet sich hier, wenn man eine Vorlage der Regierungskommission vorgelegt bekommt. Die Deutsche Front war so erschreckt, daß das einzige, was sie hervorbrachte, 21 Fragen waren, worauf die Regierungskommission Antwort erteilte. Ich wende mich an die Arbeiter und die Tribünenbesucher und stelle die Frage: Warum geschieht das ? Das geschieht deshalb, um 1) die Arbeiter und Werktätigen zu irritieren, 2) sie von ihren Interessen abzuhalten und 3) um eines schönen Tages das Schachergeschäft um das Saargebiet zur Durchführung bringen zu können. Wenn die Regierungskommission sich in ihrer Vorlage um die Kompetenz streitet, daß man einen Staatskommissar einsetzen soll, so können wir im Auftrage aller Werktätigen sagen, die Regierungskommission hätte die Möglichkeit, den Arbeitern zu beweisen, daß es nur um die Werktätigen geht. Unsere Anträge sind folgende:

Wir beantragen, daß die Löhne der Arbeiter in den lebenswichtigen Betrieben und allen Kommunalbetrieben um 15 Prozent erhöht werden. Wenn wir diese Forderung stellen, so tun wir das nur deshalb, weil das Lohnniveau der Arbeiter zu gering ist. Wenn man sich einmal der Mühe unterzieht, und geht in die Ulanenkaserne, 70 er Kaserne und in den Dragonerstall, dann sieht man Bilder, die jeder Beschreibung spotten, wenn man Familien mit 7 und mehr Kindern sieht, von denen keines in der Lage ist, die Schule zu besuchen, dann sagen wir der Regierungskommission, daß sie hier am besten helfen kann, wenn sie den Arbeitern und Werktätigen überhaupt helfen will. Das können

und

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

und wollen Sie (zur Deutschen Front) nicht, da die Deutsche Front, die Partei des Großkapitals ist und die nur eine Aufgabe hat, die Interessen des Großkapitals zu vertreten. Ebenso müssen die Gehälter der unteren und mittleren Beamten erhöht werden, um die primitivsten Lebensansprüche zu erfüllen. Der Herr Becker sagte ja, er würde 95 % der Bevölkerung vertreten, und ich sage ihm, er vertritt 95 % der Millionäre, das wird auch stimmen, aber sonst nichts.

Wir stellen die weitere Forderung, daß die Regierungskommission alles unternimmt, um das Feier-und Krümperschichtensystem zu beseitigen, das würde sie tun,wenn sie keine kapitalistische Regierung wäre. Wir sind weiter der Auffassung, daß bei dem heutigen Gesundheitszustand der Arbeiter, jedem Arbeiter ein bezahlter Urlaub gewährt wird. In der größten Zahl der Betriebe ist heute der Urlaub beseitigt. Bei Röchling und Otto Wolf wurde der erste Schritt dazu gemacht. So sieht die Vertretung der Interessen der Werktätigen aus. Wir sagen, der Arbeiter bei seiner jetzigen Not-und Elendslage hat das größte Recht darauf, einen bezahlten Urlaub zu erhalten und zwar mit vollem Lohn. Deshalb verlangen wir einen 14 tägigen bezahlten Urlaub für alle Arbeiter, ganz gleich wie lange der Arbeiter in Beschäftigung steht. Wenn die Regierungskommission etwas machen will, dann soll sie die Preise herabsetzen und soll einmal untersuchen, ob die Bezahlung von Gas,Wasser und Licht für notleidende Arbeiter nicht ganz niedergeschlagen werden kann. Viele Erwerbslose können kein Licht mehr brennen, weil ihnen der Strom abgesperrt wurde. Ich war mit einer Delegation beim Wohlfahrtsminister Koßmann und trug ihm die Not der armen Erwerbslosen vor. Mir wurde erklärt,daß durch diese Forderung, die Regierungskommission sich verhöhnt gefühlt habe. Wenn man einem Arbeitslosen 3 kbm umsonst liefern soll, dann ist das eine Verhöhnung der Regierungskommission. Ich erinnere daran, daß gerade die Deutsche Front anläßlich der Steuerberatung im vorigen Jahre 6 oder 7 Steuervorlagen bedingungslos genehmigt hat. Wir sind der Auffassung, daß man den Arbeitern und unteren und mittleren Beamten und Angestellten, deren Gehalt unter 2000 Franken monatlich liegt, Gas,Wasser und Strom zum Selbstkostenpreis liefern, denjenigen Werktätigen und Mittelständlern auch zum Selbstkostenpreis plus 10 %. Diejenigen, deren Gehalt zwischen 3000 und 5000 Franken liegt, zahlen zu dem sonst üblichen Preis einen Zuschlag von 50 %. Diejenigen, deren Einkommen zwischen 5000 und 10000 Franken liegt, zahlen einen Zuschlag von 100 %. Diejenigen, deren Einkommen über 10000 Franken liegt, zahlen einen Zuschlag von 200 Prozent. Dann wäre es so, daß der Erwerbslose, der kein Einkommen hat, keinen Strom, Gas oder Wassergeld zu zahlen braucht. Minister Koßmann und Oberbürgermeister Dr. Neikes, der mit Zustimmung der Deutschen Front 26000 Reichsmark bezieht, und andere Leute dieser Kategorie können gut höhere Preise bezahlen. So stellen wir die Frage und so kann man nach unserer Auffassung die Not lindern.

Ich möchte noch sagen, wenn wir bei jeder Gelegenheit immer und immer wieder auf die Forderungen der Arbeiter hinweisen, so tun wir es unter dem Gesichtspunkt, daß die Arbeiter und Werktätigen und auch unsere Führung die Durchführung aller Forderungen erkämpfen müssen, denn wir geben uns keinen Illusionen hin, daß die jetzigen Regierungen den Arbeitern entgegenkommen werden. Wenn es einmal Wirtschaftsbetriebe geben soll, dann gehören diese Betriebe zuerst in die Hände der Arbeiter und Werktätigen. Und das ist das Ziel, das wir uns als Kommunistische Partei gestellt haben. Unter diesem Gesichtspunkt sagen wir, mit den Volksausplünderern in Deutschland und im Saargebiet und mit der Regierungskommission, die mit schärfsten

<u>faschistischen</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

faschistischen Maßnahmen regiert, werden wir abrechnen, wir werden sie schlagen, siegreich werden wir sie schlagen und die Arbeiter werden frei sein in einem sozialistischen Räte-Deutschland.

(Bravo-Rufe der Kommunisten)

Vorsitzender: Der Ordnung halber möchte ich feststellen, daß der kommunistische Redner 32 Minuten gesprochen hat.

(Zuruf des Abg. Hey(KP): Das können Sie unterlassen!)

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Petri!

Abg. Petri (SP): Meine Dame und meine Herren! Gegen die Vorlage der Regierungskommission, den lebenswichtigen Betrieben für Elektrizizät, Wasser und Gas den Charakter der Gemeinnützigkeit zu erhalten, haben wir keine Bedenken. Das öffentliche Interesse für die zuverlässige und preiswerte Versorgung der Verbraucher mit diesen Produkten ist in jeder Beziehung stark vorhanden. Deshalb soll auch die Öffentliche Hand nicht nur Einfluß auf diese Betriebe haben, sondern soll führend sein, damit sie nicht dem privatwirtschaftlichen Interesse auf Gedeih und Verderb überantwortet werden.

Die Elektrowirtschaft des Saargebietes wurde in jahrelangem mühsamen Aufbau auf der Basis der Saarkohle errichtet und hat sich zu einem leistungsfähigen Faktor der Energiewirtschaft entwickelt. Ein hartnäckiger Kampf mußte geführt werden zwischen Ruhr und Saar d.h. zwischen VSE Und RWE, um der Saarkohle den Absatz zur Erzeugung von Elektrizität im eigenen Wirtschaftsgebiet zu erhalten.

Schon war die RWE durch die Weiherzentrale in das Saargebiet eingedrungen. Viele Gemeinden waren bereits durch heimlich still und leises Einschleichen der RWE-Vertreter zum Abschluß von Stromlieferungsverträgen mit dem RWE in Verhandlungen getreten. Ahnungslos wären viele darauf eingeschnappt und hätten dadurch hunderten von Bergarbeitern im Saargebiet den Existenzboden entzogen. Rechtzeitig wurde die Gefahr von Wirtschaftsführern und Politikern der Arbeitnehmerschaft erkannt. Es war der von ihnen so geächtete Max Braun und der Bergarbeiterführer Julius Schwarz, die mit anderen Herren den privatkapitalistischen Anschlag abschlugen. Die Herren Neikes und Röchling und ihr Anhang rührten sich damals nicht.

Durch regelrechten Aufklärungsdienst wurden die Saargemeinden von den Verträgen mit dem RWE abgehalten, damit sie nicht wirtschaftlich ihre eigenen Totengräber wurden. Auch die damalige preußische Regierung hat mit dazu beigetragen, daß der Machthunger der Ruhrkapitalisten, die das R.W.E. beherrschten, von der Saar ferngehalten wurde. Damals betrug die Stromabgabe der VSE jährlich 20 Millionen kW, heute über 70 Millionen. Die Werbearbeit für die VSE hat also gute Erfolge gezeitigt.

Die Mitarbeiter an diesen Erfolgen haben jetzt ihren Lohn erhalten. Die Aufsichtsratsmitglieder Max Braun, Julius Schwarz, der Vertreter der Kommunistischen Partei Herr Detjen, wurden auf kaltem Wege herausgedrängt. Die Vertreter der kleinen Gemeinden ebenfalls. Der Aufsichtsrat wurde von 24 Mitgliedern auf 12 verringert. Man will unter sich sein. Die Herren Neikes und Röchling wollen ihre außerordentlichen Elektrokenntnisse, die sie beim Kraftwerk Wehrden "studiert " haben, anscheinend auch bei der VSE fortsetzen. Ein so lukratives Geschäft hat seine Reize und spornt zu weiterem Eifer an.

Wenn Herr Röchling hier wäre, würde ich ihn fragen:" War der Verkauf der Zentrale Wehrden kein ungeheurer Skandal ?" Sie mit den Leuten, welche das Geschäft damals gemacht haben, Herr Neikes und Herr Armbrüster, gehören vor den Staatsanwalt. Eine alte Zentrale, welche noch auf Röchling'schem Boden steht, mit einer Kapazität von kaum 26000 kW mußte mit ca 10 Millionen Mark bezahlt werden. Um sich ein Bild von der Überzahlung zu machen, müssen wir uns vergegenwärtigen, daß 1 kW einer ganz modernen neuen Zentrale ungefähr 200 Mark kostet. Mithin wäre die Zentrale, wenn sie ganz neu gewesen wäre, ungefähr 5 Millionen Mark wert gewesen. Hierbei ist aber zu beachten,

daß

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

daß bei einer solchen Zentrale die Gestehungskosten viel niedriger sind, ferner daß die Zentrale Wehrden alt war, und daß mithin ein großer Betrag hätte abgeschrieben werden müssen. Es wäre dann der Wertbetrag auf ca. 4 Millionen Mark gekommen. Aber Herr Röchling brauchte das Geld und verstand es, ein Geschäft zu machen, und zwar so gut, daß er flüssige Mittel bekam und zu gleicher Zeit aber noch mit 25 % beteiligt blieb und sich ein Veto-Recht im Vertrage sichern ließ und jede Verbilligung des Stromes ihm zugute kam. Durch die Abnahme der Stadt Saarbrücken wurde die Erzeugungsmenge vergrößert und dadurch der Gestehungspreis verringert. Herr Röchling machte wieder ein Geschäft und die Gesellschafter können noch heute nichts ohne ihn unternehmen. Er kann durch sein Veto-Recht alles inhibieren.

Der Landrat von Saarbrücken, Herr Vogeler, der an und für sich mit der Wehrden G.m.b.H. nichts zu tun gehabt hätte, beteiligte sich ebenfalls mit 25 % an derselben und zwar mit vollaufgenommenem Gelde. Den Herren Neikes und Vogeler, ihnen kann es ja gleich sein, ihre Fehldispositionen gehen ja zu Lasten der Steuerzahler. Jahrelang bezog man den Strom für die Stadt Saarbrücken von Röchling zu einem Strompreis von 29 cts. pro kW, während man denselben um ca. 8 - 9 cts. billiger von der VSE bekommen hätte. Wenn man berücksichtigt, daß die Stadt Saarbrücken 45 Millionen kW verbraucht, so kommt man auf den Betrag von ca. 3 600 000 Franken. jährlich. Sind das nicht Skandale, die zum Himmel stinken ? Ist es hier nicht höchste Zeit, daß die Regierung eingreift ? In Privatwirtschaften hätte man Leute, die solche Fehldispositionen treffen, bereits längst vor die Türe geschmissen und sie regreßpflichtig gemacht. Um nun einen Teil der Verluste zu decken, geht man hin und zwingt die VSE einen Stromlieferungsvertrag mit Wehrden abzuschließen.

Durch diesen Vertrag gehen laut Berichten, die mir zugegangen sind, der VSE jährlich über Fr. 400 000.- verloren. Dafür bezieht Herr Röchling seinen Strom billiger. Um nun ein weiteres Geschäft zu machen, nistet sich Herr Röchling in die VSE ein und will, ähnlich seinem Großbruder Thyssen über die Elektrizität und das Gas in die Kohlenwirtschaft hinein. Und nun geschieht das Unbegreiflichste, das man machen kann. Mit Hilfe der Preag,Berlin, d.h. des preußischen Staates, wird Herr Generaldirektor Rodenhauser, der folgsame Intimus des Herrn Röchling, der nur Ja und Amen zu sagen hat, als Vorstandsmitglied in die VSE hineingesetzt. Damit ist die privatwirtschaftliche Interessenwirtschaft vollständig und das Geschäft für Herrn Röchling und die Zubringer wird blühen und Früchte tragen.

Die Aufsichtsratsmitglieder werden von 24 auf 12 reduziert, damit hinter den Kulissen dies alles besser geschoben werden kann. Unser Vertreter der Stadt Neunkirchen bekommt ebenfalls den Stuhl vor die Türe gesetzt. Über Verträge, die Herr Neikes früher mit La Houve abgeschlossen hat, geht er kaltschnäuzig hinweg und kümmert sich nicht darum, ob die größten Prozesse dadurch entstehen. Er braucht es ja nicht zu zahlen, die Steuerzahler müssen ja dafür herhalten.

Herr Röchling und Herr Neikes verstanden es, ihre Machinationen mit dem sogenannten nationalen Mäntelchen zu umkleiden und die sogenannte "Deutsche Front" macht dies mit. Innerlich sind sie nicht alle Gegner der Verordnung, das weiß ich bestimmt. Ich erinnere bloß daran, daß Herr Schmoll jahrelang über dieses in seinem Haus-und Grundbesitzerblatt gegen die Herren Neikes und Röchling geschrieben hat.

Die Regierung darf hier nicht mehr zusehen,daß den

<u>Kommunen</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4 1

Kommunen weitere unheimliche Schäden entstehen. Herr Röchling sitzt oft in Berlin, schwänzelt um Herrn Hitler herum, diniert mit ihm und macht seine Geschäfte mit dem Franzosen de Wendel. Aber Geld stinkt ja nicht. Er verkündet dann laut in der Zeitung, er hasse die Franzosen im Saargebiet, aber nicht diejenigen über der Grenze. Hier ist er der große nationale Mann, drüben teuft er bei Falkenberg Schächte ab durch die Gewerkschaft Alexander. Durch diese Arbeiten macht er ein doppeltes Geschäft. Der Umfang desselben beträgt ca. 40 Millionen Franken. Zu diesem sehr hohen Gewinn setzt er noch seinen Zement ab. Ob diese Kohlengruben später dem Saargebiet Konkurrenz machen, darum kümmert er sich nicht. Daß Herr Röchling den besten Deutschen im Saargebiet abgibt, ist kein Geheimnis mehr. Er hat ein altdeutsches Herz, neuerdings eine nationalsozialistische Gesinnung und einen internationalen weit dehnbaren Geldbeutel. Als Vertrauensmann Adolf Hitlers hat er jetzt öfters Interviews. Sein letztes Interview klang dahin aus, daß bei Einzug Hitlers in das Saargebiet Repressalien gegen 50 Rädelsführer ergriffen werden. Wen er damit meint, weiß jeder politisch Denkende.

Herr Röchling hat sich deutlich ausgesprochen, seine Drohung wird registriert und aufbewahrt für die Zeit, wo die Rädelsführer seiner Sorte sich zu restfertigen haben vor dem kommenden Volkstribunal. Herr Röchling gehört zu Rädelsführern, die den Wohlfahrtsstaat beseitigt haben, den Lohnanteil des Arbeiters immer mehr beschneiden, das freie Denken unterdrücken, das Mitbestimmungsrecht der proletarischen Bevölkerung in Staat, Kommunen, im Betrieb und öffentlichen Einrichtungen ausschalten, den Haß gegen andere Völker schüren und dem nächsten Krieg den Weg bereiten, um erneut Millionen von Menschen dem Rüstungsmoloch zu opfern.

Die sogen. Deutsche Front hat an die Regierungskommission die Frage gestellt, ob die Grubenverwaltung bereit sei, ihre Kohlen so billig zu liefern, daß die Stromerzeugung verbilligt werden kann. Die Kohlenpreissenkung bedeutet für die Bergarbeiter im Saargebiet eine Lohnsenkung, und mag sich die sogen. Deutsche Front mit diesem Odium belasten, die geringen Löhne der Bergarbeiter noch erbärmlicher zu gestalten. Wir stellen uns derartigen Absichten entgegen und erwarten, daß die Bergwerksdirektion diesen Unkenruf nicht beachtet. Der Kohlenpreis stellt zur Stromerzeugung nur einen Bruchteil des Gestehungspreises pro kW dar. Dieser beträgt ca. 8 bis 9 cts. pro kW, während der Verkaufspreis pro kW. 2.-Franken beträgt. Die Tonne Kohle kostet 130 Franken. Trotzdem die Kohle von 154 Frs. auf 130 Franken gefallen ist, sind die Strompreise doch nicht heruntergegangen. Selbst wenn der Kohlenpreis 10 bis 20 % herunterginge, würde das kaum 1 bis 2 Centimes ausmachen von den 8 bis 9 Centimes Gestehungspreis. Das Schwergewicht des hohen Strompreises liegt bei der Amortisation und der Verzinsung des teueren Kaufpreises des von Herrn Röchling übernommenen Kraftwerks und in der Verteilung des Stroms. Der Strom könnte viel billiger abgegeben werden, wenn die von Herrn Röchling zuviel eingesteckten 5 Millionen Mark den Betrieb nicht zu sehr belasten würden.

Mein Parteigenosse, Max Braun, als bisheriges Aufsichtsratsmitglied, würde, wenn er hier sein könnte, die Einzelheiten noch besser herausschälen. Weil er Ihre Manipulationen kennt und den Mut hat, sich dagegen zu stellen, deshalb hassen Sie ihn, deshalb führen Sie gegen ihn einen unerhört gemeinen persönlichen Vernichtungskampf. Sie können ihn nicht beeinträchtigen in seiner Haltung, seine Ehre anzutasten. Er wird sich

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

Er wird sich nie derartiger Handlungen zum Schaden der Allgemeinheit und zum persönlichen Vorteil zu schulden kommen lassen. Er hat größere Verdienste für Volk und Land, als irgend einer derer, die ihn ächten.

(Zuruf aus der Deutschen Front: Auch mehr wie Sie!)

Von der Regierungskommission erwarten wir, daß sie diesem Treiben der privatwirtschaftlichen Interessen in den Betrieben der Elektrowirtschaft des Saargebietes auf dem schnellsten Wege Einhalt gebietet.

Es ist die höchste Zeit, daß den Rückgliederungsgeschäftemachern ein Riegel vorgeschoben werden wird und ihre Absicht, die V.S.E. den Privatinteressenten Röchling und seinen Trabanten und der bereits wieder im Saargebiet vorsprechenden R.W.E. auszuliefern, mit den schärfsten Maßnahmen verhindert wird. Herr Becker hat seine Sehnsucht zum Dritten Reich mit einem Lobgesang geäußert. Er wies auch auf die sozialen Verhältnisse hin, die im Hitlerreich ausgezeichnet seien. Die Löhne und Renten unter Hitler und Müller zeigen den besten Vergleich.

(Zuruf des Abg. Becker(DF): Ich habe nichts davon gesagt !)

(Zuruf der Kommunisten: Bist Du ruhig, Du bist erkannt, Du bist der Beste, Du bist erkannt,Du trauriges Subjekt!)

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Ich bitte, die Zwiegespräche zu unterlassen.

(Zuruf der Kommunisten: Reiß Du das Maul nur auf!) Nicht nervös werden,Herr Kiefer!

(Zuruf des Abg. Kiefer (DF): Wir haben ein gutes Gewissen!)

Herr Petri, ich bitte weiterzusprechen.

Abg. Petri(SP): Herr Vorsitzender, schaffen Sie mir Ruhe, damit ich meinen Vortrag fortsetzen kann.

(Zuruf aus der Deutschen Front: Besser gesagt,meine Vorlesung !)

Auch dieser Zwischenruf kann mich nicht beirren. Wir wollen fortfahren. Was Herr Becker gemeint hat mit seinem Lobgesang, haben wir sehr gut vertsanden, auch seine Sehnsucht dahin, als besonderer Teutone, das wissen wir auch zu würdigen. Aber ich halte es für nötig, etwas dazu zu sagen. Die anderen Dinge wird mein Genosse Lieser ja behandeln. Wenn ich daraus schlußfolgern soll, was im Dritten Reich alles an wunderbarer Sozialpolitik und an Leistungen für die Arbeiterschaft getan wurde, so bitte ich Sie, einmal folgende Vergleiche anzuhören: Was heute, was einst und jetzt ist. Die Zeit liegt noch nicht lange zurück unter dem Reichskanzler Müller und unter Hitler. Der höchste Stand der Sozialpolitik unter der Mitarbeit von Zentrumsleuten, war unter dem Reichskanzler Hermann Müller, den Sie heute verleugnen wollen. Da stand der Lohn des Bergarbeiters im Ruhrgebiet pro Schicht der Tariflohn 10.80 Mark im Jahre 1930 am 1.April, und heute unter Hitler 7 Mark, auch Löhne von 6,5 und zwischen 4 und 5 Mark werden im deutschen Bergbau ausgezahlt. Der Spitzenlohn der anderen deutschen Arbeiter war unter Hermann Müller wöchentlich 48 Mark und unter Hitler ist er bereits auf 28

Mark

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

28 Mark heruntergerutscht. Die Invalidenrenten betrugen unter Hermann Müller pro Jahr 164 Mark mehr als unter Hitler, der seine neue Sozialpolitik am 1.Januar fortgesetzt hat mit dem kapitalistischen Aufbau. Und der, der sich noch hierher stellt und Vergleiche anstellen will und sagt, im Hitlerreich wäre es glänzender und besser als früher, der betrügt sich und die ganze deutsche Arbeiterschaft, auch die Arbeiterschaft der Saar. Die deutsche Arbeiterschaft und die deutschen Rentenempfänger haben keinen sehnlicheren Wunsch, als von diesem unerhörten despotischen Gewaltregime befreit zu werden. Sie mahnen uns: Haltet das Saargebiet als Deutsche, als freie Deutsche, frei von Hitlerterror und Hitler-Brutalität.

(Zuruf von rechts: Aber nicht mit der Regierungskommission.)

Vorsitzender: Herr Petri, ich konstatiere, daß Sie genau 20 Minuten gesprochen haben.

Ich habe außerdem nicht die Absicht, auf persönliche Anzapfungen einzugehen, weder von der kommunistischen noch von der anderen Seite. Aber ich muß doch auf etwas eingehen, was der Herr Petri gesagt hat. Sie haben durchaus recht,Herr Petri,wenn Sie behaupten, daß ich schärfster Gegner der Elektropolitik gewesen bin, wie sie im Saarbrücker Rathaus getrieben worden ist. Aber ich denke noch lebhaft an diese Zeit zurück, daß gerade Ihre Partei mein schärfster Gegner war und die Stadtratsfraktion der Sozialdemokratie keineswegs mit mir einig war. Ich erinnere mich sehr genau,Herr Petri,- Sie wissen das vielleicht nicht so-, daß gerade die Fraktionen der Sozialdemokratischen Partei wiederholt Reisen mit Herrn Dr. Neikes in dem Sinne seiner Elektropolitik betrieben hat. Sie standen damals nicht auf meiner Seite, Sie standen gerade auf der anderen Seite, der von Herrn Dr. Neikes.

(Zuruf des Abg. Petri(SP): Darüber werden Sie gleich Aufklärung erhalten!)

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4 I

24

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kiefer !

Abg. Kiefer (DF): Meine Dame und meine Herren! Im Namen der Deutschen Front habe ich noch einige Erklärungen abzugeben und einige Bemerkungen zu machen.

(Zwischenruf des Abg. Hey (KP).)

Ich habe Ihnen schon einmal gesagt,Herr Hey, daß ich mich von Ihnen nicht in die Gosse ziehen lasse. Wenn Sie sich in der Gosse wälzen und beschmutzen wollen, tun Sie das ruhig weiter.

Eine Bemerkung zunächst: Herr Petri hat unter anderem darauf hingewiesen, daß Herr Röchling in Lothringen bei St.Avold durch seine Gewerkschaft "Karl Alexander"in Baesweiler Schächte abteufen ließ. Ich habe hier nicht den Auftrag, Herrn Röchling als Person zu verteidigen, sondern habe nur die Dinge richtig zu stellen, damit man die Deutsche Front nicht belastet und auch Herrn Röchling nicht zu Unrecht belastet. Die Schächte bei St.Avold werden auf Kösten des Reparationskontos abgeteuft. Und wenn dann Herr Röchling im Auftrage des Reiches auf Kosten des Reparationskontos diese Schächte abteuft, weil seine Gesellschaft Erfahrungen im Teufen durch Schwimmsandschichten hat, dann können wir uns darüber nur freuen, weil dort nur deutsche Arbeiter beschäftigt werden, die dadurch Brot und Arbeit haben. Und Ihnen gegenüber (zu dem Kommunisten Lorenz) werde ich folgendes feststellen: Sie haben heute hier Vorlesungen gehalten über angebliche Zustände in Deutschland. Wir haben uns hier im Landesrat nicht über die deutschen Zustände zu befassen, sondern nur über das, was im Saargebiet ist. Es würde uns aber sehr interessieren, wenn Sie einmal eine Vorlesung halten würden über die russischen Zustände und uns mal zahlenmäßig angäben, wieviel Blutopfer und Hungeropfer, die in die Millionen gehen, Rußlands Revolution bisher gekostet hat. Ich empfehle Ihnen das Studium des Buches, das herausgegeben wurde von Wilhelm Reitz:„ Zweieinhalb Jahre quer durch Rußland". Dann werden Sie die ungeschminkte Wahrheit erfahren. Noch-dieser Tage kam ein Bericht von kommunistischen Arbeitern, die in Rußland gewesen sind, die haben gesagt: Da ist doch mit der Erwerbslosenunterstützung in Deutschland ein paradiesisches Leben zu führen angesichts dieser erbärmlichen Zustände im bolschewistischen Rußland.

(Einige kommunistische Abgeordneten rauchen)

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Meine Herren, ich bitte, das Rauchen zu unterlassen.

Abg. Kiefer (DF)fortfahrend: Dann hat Herr Petri sich eingehend mit der Elektrowirtschaft beschäftigt und hat bedauert, daß sein Fraktionsfreund Braun nicht da wäre. Wir konnten feststellen, daß der Geist Brauns doch aus dem Munde Petris zu uns gesprochen hat. Ich möchte hierbei feststellen: Ich habe mich um die frühere Elektropolitik nie gekümmert, weil sie mir sehr sonderbar erschien. Ich persönlich hätte es lieber gesehen,man wäre mit dem Rhein.Westfälischen Elektrizitätswerk zusammengegangen und hätte einen Vertrag abgeschlossen, wonach 35 % des gesamten Stromes aus Saarkohlen hergestellt werden müßten, und nicht eine Elektropolitik, die verschiedenen Personen etwas für sich bringen sollte. Und ich kann nur feststellen, daß die bisherige Elektropolitik an der Saar übrigens von Braun, Schwarz und von den ehemaligen sozialdemokratischen Regierungsräten im preußischen Handelsministerium

<u>durch</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

durch dick und dünn mitgemacht worden ist.

(Zuruf des Abg. Petri(SP): Ja, Sie haben auch mitgemacht; aber stellen Sie sich heute nur nicht hin und klagen Sie andere an.)

Nun eine Feststellung: Mein Parteifreund Becker hat schon gesagt, daß wir ins letzte Jahr der Zwangsabtrennung des Saargebietes vom Deutschen Vaterland eingetreten seien, und da müssen wir nun folgendes sagen: Die überwiegende Mehrzahl des Saarvolkes steht hinter der Deutschen Front. Die Deutsche Front tritt bedingungslos ein für die Rückgliederung ans deutsche Volk und Vaterland. Das ist die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. Die Leute kommen zu uns. So haben wir allein in der Deutschen Gewerkschaftsfront schon 75000 Mitglieder vereinigt, die freien Gewerkschaften haben vielleicht noch 10 000 bis 15 000 und die R.G.O. hat garnichts mehr. Wenn wir das hier betonen, so tun wir es deshalb, damit die Welt erkennt, daß die überwältigende Mehrheit unseres Volkes hinter uns steht. Falls es im Laufe des letzten Jahres der zwangsmäßigen Abtrennung nicht zu einer Bereinigung der künstlich geschaffenen Saarfrage kommen sollte, so müssen wir laut und feierlich fordern, daß der Abstimmungstag mit dem letzten Tag der Zwangsabtrennungsfrist zusammenfällt. Wir müssen dafür sorgen und verlangen das von der jetzigen Völkerbundsratstagung, daß die Abstimmungslisten rechtzeitig offengelegt werden, damit sich jeder Abstimmungsberechtigte überzeugen kann, daß er in der Liste eingetragen ist und am Tage der Abstimmung seine Stimme für Deutschland abgeben kann. Wir müssen von der Regierungskommission verlangen, daß sie das Recht zur freien Meinungsäußerung wieder herstellt. Unserem Volke muß es gestattet sein, seinen Willen frei und ungehindert zum Ausdruck bringen zu können. Wir wollten die Abtrennung nicht. Trotz der Proklamierung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker hat man uns 1919 nicht gefragt. Gegen unseren Protest wurden wir der angestammten Reichshoheit entzogen, und unser Gebiet zum Abstimmungsgebiet gestempelt. Die Regierungskommission hat kein Recht, uns in der Stellungnahme zu den Abstimmungsmöglichkeiten zu hindern. Sie muß jeder deutschen Körperschaft an der Saar gestatten, zu den Abstimmungsmöglichkeiten Stellung zu nehmen.

Die Frage der Abstimmung ist keine parteipolitische Frage, sondern sie ist eine Frage, die das Volk an der Saar angeht. Und wenn irgendeine Körperschaft besteht, mag es die Handelskammer, Handwerkskammer oder mögen es Gewerkschaften sein, in der deutsche Menschen, die abstimmungsberechtigt sind, sich vereinigen, dann haben diese Körperschaften gemäß dem Willen der deutschen Mitglieder die Pflicht und Schuldigkeit, sich zur Abstimmungsfrage zu äußern. Für uns kann es nur eins geben, daß wir als erdgebundene deutsche Menschen zu unserem deutschen Vaterland zurückwollen, einerlei wie dort die Regierungs-und Staatsform aussieht.

(Laute Zwischenrufe der Kommunisten, die aber durch das Durcheinanderschreien verloren gehen)

Es ist eigentümlich, daß die Regierungskommission mehr auf die Verlautbarungen der Leute zu hören scheint, die weder geborene Saarländer noch abstimmungsberechtigt sind. Im

Namen

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4 I

Namen der Abstimmungsberechtigten soll sich nur der äußern dürfen, der selbst abstimmungsberechtigt ist. Es darf nicht so sein, daß Emigranten das Asylrecht - das Asylrecht wollen wir ihnen gönnen - mißbrauchen, weshalb wir uns dagegen verwahren, daß Emigraten im Namen des abstimmungsberechtigten Saarvolkes die Weltmeinung zu täuschen versuchen. Es darf nicht so sein, daß Leute, die erst 1920 - 1924 und später ins Saargebiet kamen, sich heute hinstellen und sich anmaßen, im Namen des abstimmungsberechtigten Volkes zu sprechen. Wir deutschen abstimmungsberechtigten Menschen tragen die Verantwortung um unsere nationale Zukunft selbst, die andern sollen schweigen. Und wenn sie nicht schweigen, dann soll die Regierungskommission zeigen, daß sie objektiv ist und ihnen verbieten, in die Urrechte der Abstimmungsberechtigten einzugreifen.

(Bravo-Rufe der Deutschen Front)

(Zurufe der Linken und Durcheinanderschreien)

Wenn Dummheit weh täte und tödlich wirkte, dann wären Sie (zur Linken) längst nicht mehr da.

(Erneute Zurufe der Linken !)

Die Regierungskommission hat auf die Eingabe der Deutschen Front betreffend Druckmaßnahmen gegen die Bergleute eine Antwort erteilt. Der Prozeß Röchling hat klar erwiesen durch die Zeugenaussagen - es wird doch niemand an dem Zeugnis dieser Leute zweifeln-, daß unsere Bergleute unter seelischem und materiellen Druck zu leiden haben.

(Zuruf des Abg. Lorenz(KP): Macht es Röchling anders?)

Der Bergmann muß materielle Opfer auf sich nehmen, er muß Not leiden, weil er willens ist, sich nicht selbst zu verraten und willens ist, wieder heimzukehren zu Volk und Vaterland.

(Zuruf des Abg. Petri (SP))

- Glocke des Vorsitzenden -

Was wollen Sie, Herr Petri?

(Erneute Zurufe des Abg. Petri!)

- Glocke des Vorsitzenden -

rsitzender: Wenn die Zwiegespräche nicht unterbleiben, muß ich von meiner Befugnis als Vorsitzender Gebrauch machen.

g. Kiefer fortfahrend: Lassen Sie die doch, Herr Vorsitzender, die Zuhörer auf den Tribünen sollen erkennen, was das für Volks- und Arbeitervertreter sind. Wir haben dazu folgendes festzustellen. Sowohl mein Parteifreund Martin als auch ich haben manche Beschwerde über die Unterdrückungen an die Regierungskommission gesandt. Wir haben aber keine Antwort bekommen. Wir haben daraufhin auch keine Beschwerden mehr eingereicht. Es ist doch so, daß wöchentlich in der Presse derartige Fälle mit Namen angeführt worden sind. Ich habe mich seinerzeit in einem offenen Brief an den Minister Veszenski gewandt. Dem Manne, den die Sache anging, versuchte man einen Strick zu drehen, weil er bei der Untersuchung sagte, ich habe meinen Freund Kiefer nicht beauftragt, den offenen Brief

zu

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4

zu schreiben, sondern habe ihm die Art der Verwendung des Falles selbst überlassen. Man muß in solchen Fällen unterscheiden: diejenigen, die in Grubenwohnungen sitzen und die dann einmal dem Druck nachgeben, können wir nicht verurteilen; wer sich aber freiwillig dazu hergibt, seine Kinder der französischen Schule zu opfern, handelt unehrenhaft und

(Zuruf des Abg. Hey (KP)

diejenigen, die sich als sogenannte Deutsche dazu hergeben, im Dienste der französischen Propaganda einen Druck auf unsere Bergleute auszuüben, sind verachtenswert.

Die Regierungskommission hat die Pflicht, wegen der starken Erwerbslosigkeit im Saargebiet im letzten Jahre ihrer Tätigkeit besondere Anstrengungen für Arbeitsbeschaffung zu machen. Manches, was sich im Reich auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung ereignet hat, hat sich zum Teil im Saargebiet ausgewirkt. So sind die Ausfuhrziffern des Saargebietes nach dem Reiche gestiegen. Vorhin ist ein törichter Zwischenruf gemacht worden, als Herr Becker auf das Ansteigen der Ausfuhrziffer nach dem Reich einging. Die Ausfuhrziffer des Saargebietes nach dem Reich betrug:

1. Vierteljahr	1933 :	398 492	Tonnen,
2. "	1933:	441 779	"
3. "	1933:	472 849	"

So wie die Wirtschaft Deuntschlands gesundet, gesundet auch die Saarwirtschaft. Diejenigen, die für den Schwindel eintreten, hier müßte ein "freies" Saargebiet erhalten bleiben, predigen das wirtschaftliche und soziale Verderben. Ich würde vor Ihnen(zur Linken) den Hut ziehen, wenn Sie jetzt erklärten, von diesem Hitler-Deutschland, gegen das sie kämpfen, wollten Sie für ihre Anhänger keinen Centimes zu den sozialen Renten.

(Zurufe der Kommunisten, die in Geschrei ausarten)

Die Presse mag es bringen, was Deutschland leistet. Daß Ihre Leute (zur Linken) nicht verelenden, das verdanken sie unserem deutschen Vaterland. Es ist unfair, auf der einen Seite gegen Hitlerdeutschland zu drohen und zu hetzen, und auf der anderen die Hand aufzuhalten. (Redner macht dazu die entsprechende Handbewegung).

Was die Löhne im Ruhrbergbau betrifft, so kann ich sagen: Die Löhne waren bis zur Zeit der Regierungsübernahme durch Hitler abgebaut infolge der gesamten Wirtschaftslage Deutschlands. Und wenn 1929 dies und jenes gegeben wurde, so wurde es gemacht auf Grund der Scheinkonjunktur und auf Kosten von vielen Milliarden Auslandsgeldern, die die deutsche Wirtschaft mit riesigen Zinsverpflichtungen belasteten. Das Abgleiten mußte kommen, weil die damaligen Regierungen nicht weit genug gesehen haben. Man muß bei allem wahr und objektiv bleiben, dann kommt man weiter.

Für uns gilt nur eins:

"Heil Deutschland !"

(Rufe der Kommunisten: "Rot-Front!")

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4

orsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Frisch!

bg. Frisch(KP): Meine Dame und meine Herren! Wir haben seinerzeit, und zwar am 13.September 1933 an den Präsidenten der Regierungskommission ein Schreiben gerichtet, in dem wir zur Verhandlung über die Bergarbeiterforderungen die Einberufung einer dringenden Vollversammlung forderten. Die Regierungskommission hat absichtlich diese Sitzung bis zum heutigen Tage hinausgeschoben. Ihr war und ist nämlich so gut wie uns, die Stimmung der Bergarbeiter bekannt und durch Hinausschiebung der Vollversammlung wollte sie Zeit gewinnen, die Bergarbeiter durch eine kleine Beruhigungspille in etwa zu beruhigen. Außerdem ging es ihr darum, durch Ausschaltung von ungefähr zehntausend Bergarbeitern vom Empfang dieses lächerlichen Almosens die Bergarbeiter in zwei Lager zu spalten.

Der Herr Minister Koßmann, wir nehmen es ihm nicht übel, weil er ja, wie alle anderen Mitglieder der Regierung, nur die Not der Arbeiter vom Hörensagen kennt, erklärte meinem Fraktionskollegen Lorenz, als dieser mit einer Bergarbeiter-Delegation vom Pascalschacht und Jägersfreude bei ihm vorstellig wurde und ihm ein Kumpel erklärte: " Wir Bergarbeiter betrachten angesichts der gewaltigen Höhe des Lohnraubes es als eine Verhöhnung, wenn uns die Regierung mit 40 - 160 Franken abspeisen will."

Die Antwort des Herrn Minister Koßmann lautete darauf: "Wir empfinden es als eine Verhöhnung , wenn die Kommunistische Landesratsfraktion die Auszahlung eines Monatslohnes als Entschädigung der Bergarbeiter für das Geraubte fordert."

Herr Koßmann hat dabei ganz vergessen, daß dieses eine Forderung der Bergarbeiter war und ist, die wir angegriffen haben um ihr Nachdruck zu verleihen, weil sie nur allzu berechtigt ist. Wenn also Bergarbeiter, denen man wie z.B. auf der Grube Bexbach, in 10 Monaten 3500 Franken Lohn allein durch Feier-und Krümperschichten raubte, sie zu allem Hohn noch um die ihnen längst zustehende Kurzarbeiterunterstützung prellte, als einmalige Entschädigung einen Monatslohn von 800.-Franken, also nur ein knappes Viertel des Gestohlenen verlangen, dann ist es nach Auffassung dieser kapitalistischen Regierung, eine Verhöhnung der Regierungskommission. Außerdem- so heißt es ja ausdrücklich in dem Antrag der Bergarbeiter, hinter den wir uns als Kommunistische Landesratsfraktion vollinhaltlich stellen-, soll die Regierung, die sich ja jahrelang die Kurzarbeiterunterstützung gespart hat, ein Drittel zahlen, während die anderen zwei Drittel des Monatslohnes von den französischen Räubern an der Saar aufgebracht werden sollen. Die Regierungskommission, die ja mächtig genug ist, durch Steuergesetze die Werktätigen des Saargebietes bis auf's Blut auszupressen, hat Handhabe genug, auch die französischen Kohlenbarone durch ein Gesetz -ich denke hierbei an Notverordnungen- zur Zahlung dieser zwei Drittel zu zwingen. Kann sie das nicht, nun, dann ist es nach unserer Auffassung höchste Zeit, daß sie von den Werktätigen zum Teufel gejagt wird.

Wir fordern und verlangen im Interesse der Bergarbeiter, nicht Almosen, sondern das, was ihnen zusteht. Im Zusammenhang damit verlangen wir, daß jetzt ab 1.Januar 1934 für jede Krümper-und Feierschicht den Bergarbeitern die Kurzarbeiterunterstützung, zu deren Zahlung das französische Grubenkapital herangezogen werden muß, gezahlt wird.

Gehen wir in die Hüttenindustrie und schon haben wir dasselbe grausame Bild. Man möchte es fast nicht glauben, aber es ist eine Tatsache, daß Hüttenarbeiter zu Weihnachten 10 Centimes Restlohn erhalten haben. Diese Ungeheuerlichkeit

trug

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4 1

trug sich im Neunkirchener Eisenwerk zu. Ja, es war sogar noch weit schlimmer, einige Hüttenarbeiter mußten von ihrem jämmerlichen Abschlag nach der Verwaltung etwas zurückzahlen, weil sie nach Auffassung der Kapitalisten im Vormonat zu viel bekommen hätten. Hoffentlich entlarvt sich Herr Koßmann nicht noch ein zweites Mal und nennt die Forderung in Höhe von 150.-Franken und 50.-Franken für jedes versorgungsberechtigte Familienmitglied, ebenfalls eine Provokation der Regierungskommission.

Redet man sich im Bergbau und in der Metallindustrie in Bezug auf die Not der Arbeiter immer damit heraus, daß man ihnen nicht mitzubestimmen habe, dann gehen wir einmal nach den Saareisenbahnen, deren oberste Verwaltung ja unmittelbar in den Händen der Regierungskommission liegt. Ich frage hier, geht es da den Arbeitern und kleinen Angestellten auch nur einen Dreck besser ? wie in den Hüttenbetrieben und in den Tretmühlen des Bergbaues? Hat man da nicht ebenfalls Arbeiter und kleine Beamte, weil sie sich gegen die Grausamkeiten der Eisenbahnverwaltung zur Wehr setzen, auf's Straßenpflaster geworfen ? Wer möchte sich wagen, diese Tatsachen abzustreiten ? Wir fordern, daß die entlassenen Eisenbahner wieder eingestellt werden und daß die Feierschichten auf der Saareisenbahn sofort zu unterbleiben haben.

Noch ein Wort zu den Pflichtarbeitern. Man schämt sich tatsächlich nicht, noch aus den Armsten der Armen, soweit es da ist, herauszuholen. Wir haben im Saargebiet Erwerbslose, die es nicht heute oder gestern wurden, sondern schon jahrelang sind. Ihre Unterstützung, das brauche ich wohl besonders nicht hervorzuheben, reicht noch nicht einmal zum Sattessen, viel weniger noch, den vollständig aufgegriffenen Kleiderverschleiß zu ersetzen. Trotzdem diese Armsten der Armen buchstäblich farfuß und in Lumpgen gehüllt gehen, zieht man sie zur Pflichtarbeit heran und verlangt von ihnen, daß sie bei einem derartigen Wetter zur Einsparung von Arbeitskräften, die man tariflich bezahlen müßte, zur Arbeit herangezogen werden. Wir verlangen, daß während den Wintermonaten und zwar bis zum 1.Mai 1934 jegliche Heranziehung von Erwerbslosen zur Pflichtarbeit zu unterbleiben hat.

Anläßlich der gräßlichen Grubenkatastrophe in der Tschechoslowakei auf dem Nelsonschacht möchte ich noch besonders auf die Grubensicherheit im Saarbergbau zu sprechen kommen.

Meine Dameund meine Herren! Das, was sich vorige Woche, einen Tag nach einem Fest der Liebe und Freude in der Tschechoslowakei ereignet hat, kann morgen, auf Grund der katastrophalen Zustände im Saargebiet grausame Tatsache werden. Antreibung und Ausbeutung, miserabler Lohn, lassen dem Bergarbeiter keine Zeit, auch nur die primitivsten Sicherheitsmaßnahmen zu beachten. Entweder arbeitet er vorschriftsmäßig und muß dann, weil er dabei nichts verdient, mit seiner Familie verhungern, oder er arbeitet so, wie es die Antreiber wollen und riskiert täglich seinen Kopf. Damit muß jetzt endlich einmal Schluß gemacht werden. Erst kommt die Sicherheit der Saarbergleute und dann der Profit der französischen Grubenkapitalisten.

Vor längerer Zeit haben wir ein Bergarbeiterschutzgesetz im Landesrat eingereicht. Seine Einführung bedeutet natürlich Beschneidung der Profite der Kapitalisten und deshalb hat es die Regierungskommission, die ja im Auftrage der Kapitalisten auf den Ministersesseln sitzt, schon zu den Akten gelegt. Vielleicht haben es auch schon die Motten gefressen. Mit schönen Phrasen, Beileidstelegrammen usw. kann man so gut wie mit Krokodilstränen und Reden von braven

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4 I

Knappen, den Kumpelmord nicht beseitigen. Man muß von einer anderen Seite herangehen, und zwar muß man als erstens einmal das Akkord-und Gedingesystem und an zweiter Stelle, im Zusammenhang damit, das Soll-und Prämiensystem beseitigen. Wenn der Bergarbeiter weiß, daß er seinen Lohn verdient, ist er in der Lage, so seine Arbeit zu verrichten, daß die Unfallziffern in ganz kurzer Zeit auf einen minimalen Punkt heruntergedrückt ist. Genau so verhält es sich mit dem Soll-und Prämiensystem. Hat man dieses abgeschafft, dann werden die kleinen und großen Kohlenjäger nicht mehr wie hysterische Weiber durch die Grubenbaue jagen und ihren ewigen Schrei nach Kohle ausstoßen.

Aber das würde bei weitem noch nicht genügen, sondern die Einführung von Grubenkontrolleuren, die von den einzelnen Belegschaften gewählt und auch abberufen werden können, müßte da noch hinzukommen. Wir haben zwar eine Bergbehörde, aber, was es mit ihr auf sich hat, dazu ein Beispiel:

Auf der Grube Hirschbach in Dudweiler wird schon seit längerer Zeit, während dem Schichtenwechsel, also zu einer Zeit, wo sich die Bergarbeiter im Querschlag auf dem Wege zum Schacht befinden, wie toll gefördert. Nur durch akrobatische Kunststückchen gelingt es ihnen, sich lebend neben den leeren und vollen Kohlenzügen hindurch nach dem Schacht zu schlängeln. Vor wenigen Wochen, und zwar an einem Samstag, kam der Herr Bergrat. Sofort wurde von der Verwaltung Anweisung gegeben, früh genug in den Querschlägen, sowie auch am Schacht, die Förderung einzustellen und die Belegschaft pünktlich über Tage zu befördern. Kann man angesichts dieser Tatsache noch von Grubensicherheit sprechen ? Anders wird es natürlich, wenn sich die Bergarbeiter ihre Grubenkontrolleure selbst wählen. Diese werden, gestützt von der Belegschaft, den Ausbeutern schon auf die Finger klopfen und ihnen zeigen, was Grubensicherheit in der Praxis heißt.

Hinzu kommt noch, daß der Paragraph 52 der Arbeitsordnung überhaupt zu verschwinden hat und die Sicherheits- und Ausschußmänner in Zukunft nicht nur bei der Grubensicherheit, sondern auch bei Strafen, Verlegungen, Entlassungen usw. mitzuwirken haben und erst, wenn sie ihre Zustimmung gegeben haben, derartige Maßnahmen gegen Bergarbeiter zu ergreifen sind. Das ist Grubensicherheit in der Tat und wir werden im Saargebiet kein zweites Maybach oder Reden erleben.

Ich weiß zwar, daß Sie sich mit diesen Vorschlägen der kommunistischen Fraktion niemals einverstanden erklären werden, aber ich benutze diese Tribüne, um die Bergarbeiter und darüber hinaus die gesamte Saararbeiterschaft zum Kampf für diese Forderungen, zum Sturze ihres faulen, morschen kapitalistischen Systems aufzurufen.

---

orsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

taatskommissar Kuchenbecker: Bezüglich der Beschwerde, welche der Herr Abgeordnete Kiefer über die Domanialschulen vorgebracht hat, habe ich mitzuteilen, daß, wie Ihnen bekannt, auf Grund von Beschwerden wiederholt Erhebungen angestellt worden sind. Die Ermittlungen haben jedoch eine Bestätigung der Beschwerden nicht erbracht.

Die Zeugen, die jetzt aufgetreten sind, sind der Regierungskommission bisher nicht namhaft gemacht worden.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lieser !

Abg. Lieser (SP): Meine Dame und meine Herren! Am gestrigen Tage hat ein Mann im Dritten Reich in Deutschland seine Tätigkeit ausgeübt, der bis jetzt am meisten von dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der deutschen und ganz besonders der preußischen Regierung profitiert hat: der Scharfrichter. Ein Spruch heißt: „Gott segne das ehrbare Handwerk". Und mit der Hinrichtung von van der Lubbe am gestrigen Tage hat das Drama von Leipzig vorläufig sein Ende gefunden. Das Schicksal von Torgler, Dimitroff und Genossen steht noch nicht fest. Hier kann man sehen, was es heißt, im Dritten Reich unter Adolf Hitler freigesprochen zu werden.

Mit dem 27.Februar 1933 begann der Lügenfeldzug in Deutschland. Der Mann, der die Wahrheit hätte sagen können, ist gestern mundtot gemacht worden. Er wird niemals mehr in die Lage kommen, seine Mitschuldigen oder seine Mittäter noch einmal zu bezichtigen.

(Zuruf des Abg. Petri(SP): Vom Rauschzustand zum Tod!)

Vielleicht kannte er seine Mittäter, vielleicht kannte er sie auch nicht. Vielleicht ist es so, wie man drüben im Reich behauptet, daß die Mittäter schon längst vor van der Lubbe das Irdische gesegnet haben. Eine Schlacht ist für das Dritte Reich verloren. Aufgrund der Aussage van der Lubbes - vorausgesetzt, daß er sie überhaupt gemacht hat, daß er nicht nur mit der Kommunistischen Partei, sondern daß er auch mit der Sozialdemokratischen Partei in B Verbindung gestanden hätte, wurden sofort sämtliche sozialistischen Zeitungen, zunächst in Preußen, verboten.

Meine Dame und meine Herren! Ist es Ihnen nicht aufgefallen, daß in dem Reichstagsbrandstifterprozeß weder ein Untersuchungsrichter, weder ein Gerichtsvorsitzender und ganz besonders noch ein Verteidiger einmal auf die vermeintlichen Aussagen zu sprechen gekommen ist ? Während den 60 Sitzungen ist kein einziges Wort darüber gefallen, daß van der Lubbe mit der Sozialdemokratischen Partei in Verbindung gestanden habe, wie das Göring behauptete. Es war alles ein großer Schwindel. Man hat den rechtmäßigen durch das Volk gewählten Vertretern ihrer Rechte beraubt. Man gab unter Zustimmung der Zentrumspartei Adolf Hitler die Vollmacht, in Zukunft selbständig zu handeln. Das Zentrum hat sich damit als Feind des Sozialismus und damit als Feind der Arbeiterklasse bekannt. Mit Hilfe des Zentrums, d.h. mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes hat man nun die Sozialdemokraten ebenfalls aus dem Reichstag entfernt, wie vordem die kommunistischen Vertreter, und dann hat diesel be Regierung das Zentrum zum Selbstmord getrieben. Am 2. Mai wurde auch dieser Schwindel auf gewerkschaftlicher Seite durchgeführt. Die Methode der Faschisierung wurde auch dort angewandt.

Man las damals auch im Saargebiet von Riesenkorruptionen der freien Gewerkschaften, von Riesenunterschlagungen von Gewerkschaftsgeldern, und man hat sich in ihren Reihen (zur Deutschen Front) gefreut: Jetzt hat man die roten Halunken, die roten Marxisten. Ich erinnere an die Gespräche, die damals in Umlauf gesetzt worden sind über Otto Braun, Severing, Löbe, die drei Millionen Mark unterschlagen haben sollten. Haben Sie inzwischen wieder irgend etwas davon gehört ? Es war alles Lug und Trug !

Und

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4 I

Und,Herr Kiefer, später kamen die christlichen Gewerkschaften an die Reihe. Ihnen ist es genau so gegangen wie den reformistischen. Auch das Zentrum bekam seinen Lohn. Geistliche wurden verhaftet, Geistliche sollen sogar Kommunisten gewesen sein, wie es im Falle München dargestellt wurde. Und kein Finger ist vom Zentrum und in der Zentrumspresse gerührt worden, um diese verhafteten Pfarrer zu unterstützen. Diese sitzen heute noch. Dieses Benehmen, Herr Kiefer, führt dazu, daß man am Ende selbst am Faschismus elend zugrunde geht.

Und wie das Sterilisierungsgesetz, das am 1.Januar in Kraft gesetzt worden ist, wird man ein ähnliches schaffen, dann wird das Zentrum zuerst die politische Wirkung an sich kennen lernen.

(Zuruf des Abg. Petri(SP): Enteierung!)

Auf der anderen Seite macht man große Versprechungen, ich erinnere nur an die Reden der jetzigen Machthaber. Diese sagten immer:"Gebt uns die Macht, und in 24 Stunden sind die Notverordnungen aufgehoben." Hitler sagte:" Gebt uns die Macht, so gebe ich euch Arbeit und Brot. Der Volksmund in Zweibrücken spricht heute schon davon: zwei Tage Arbeit und zwei Tage Brot. Aber von Lohn redet niemand, von Lohn hat auch Hitler nie etwas gesagt.

Dann ist der Rundfunk in den Dienst der Faschisten gestellt worden. Dann, Herr Kiefer, die Erwerbslosigkeit wurde nur vermindert durch den Rundfunk. Ich habe in der vorletzten Sitzung schon gesagt: Wochenlang hat man Ostpreußen als Beispiel hingestellt, als das Land, das am ersten von dem Erwerbslosen befreit ist. Es war nicht wahr, Herr Kiefer, lesen Sie die amtliche Statistik nach, so finden Sie, daß Ostpreußen niemals frei von Erwerbslosen war, aber ich habe damals schon gesagt, daß im Oktober die Zahl der Erwerbslosen um 130 % gestiegen ist, daß jetzt die Erwerbslosen schon über 15000 angestiegen sind, das meldet der Rundfunk nicht. Das ist Unterschlagung, Herr Kiefer, zu dem Zweck, das Volk irre zu führen.

Ich habe in der letzten Sitzung des Landesrates mitgeteilt, daß der Rundfunk gemeldet hat, daß auch im Saargebiet ähnlich wie im Reich, die Arbeitslosigkeit abgenommen hätte - der Bayerische Rundfunk hat diese Woche diese Meldung selbst Lügen gestraft, wenn er meldet, daß es im Saargebiet über 40 000 Erwerbslose gäbe, er lügt sogar noch ein paar Tausend dazu. Er hat gesagt, es sind im Saargebiet bereits 40 000 Erwerbslose, also genau das Gegenteil von der ersten Meldung. Doch nur zu dem Zweck, um das Saargebiet so arm wie möglich hinzustellen und um die Kinder hinüberschicken zu können zu den Leuten, die selbst arm sind, um drüben Hitler zu lernen. Das ist der ganze Zweck der Übung. Der Rundfunk meldet tagtäglich Übertritte zur Deutschen Front. Wenn Sie wollen, Herr Kiefer, werden Sie von unserer Leitung die Zahlen bekommen und sich selbst überzeugen können, in wievielen Fällen dies der Fall war und wie der Deutsche Rundfunk auch hier geflunkert hat. Nachdem man in der letzten Landesratssitzung versucht hat, in der schändlichsten Weise unseren Führer, Max Braun, zu diffamieren, geht jetzt der Terror auch gegen die Presse,gegen die Gemeinderatsmitglieder. Man spricht von Selbstverwaltungsrecht. Ich frage Sie, wo ist das Selbstverwaltungsrecht im Reich, wo Sie hingehen wollen. Das ist doch dort längst

erledigt

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4

erledigt. Herr Kiefer, eine ganze Reihe aufrechter Männer in Ihren Reihen im Saargebiet haben ihre Mandate in den Gemeindeparlamenten niedergelegt.

(Zuruf des Abg. Kiefer (DF): Davon haben wir nichts gehört ?)

Gehen Sie nach Homburg, dort können Sie es hören.

(Zwischenruf: Der Herr Blügel weiß heute noch nicht, wo er hingehört!)

Dann der Terror in den Betrieben. Ich will mich nicht weiter hierüber auslassen. Aber die christlichen Gewerkschaftssekretäre werden für die Hilfestellung Hitlers ihren Lohn eines schönen Tages erhalten. Das schlimmste ist der persönliche Terror. Von dem persönlichen Druck, dem ich als Beamter standzuhalten habe, will ich nicht sprechen. Dafür bin ich Kämpfer und wehre mich. Man sieht sogar , vor Attentaten schreckt man nicht zurück. Wäre das Attentat gegen unseren Führer Max Braun geglückt, dann wäre dem Täter ein Telegramm von drüben sicher gewesen. Da es aber nicht geglückt ist, waren es die eigenen Leute von Max Braun.

Dann die Riesenunterschlagungen von Max Braun. Warum bringen es die bürgerlichen Zeitungen nicht, die eigenen Anhänger werden mißtrauisch.

Etwas anderes, meine Herren! Man konnte in einer Zeitung in der Saarpfalz die Notiz lesen von einer Grabschändung durch Marxisten. Marxisten sollen eine Kranzschleife mit dem Hakenkreuz entfernt haben. Nicht die Marxisten haben diese Schleife entfernt, nein, der Vater des Verstorbenen hat diese Schleife selbst beseitigt, weil er den Kranz mit der Schleife als Grabschändung empfunden hat, weil er und sein Sohn überhaupt mit der Nazi-Partei nichts zu tun haben. Das war die Grabschändung der Marxisten, aber die Anhänger selbst werden mißtrauisch . Fragen Sie in Ihren eigenen Reihen, wie man heute urteilt. Der Prozeß Braun wird das Übrige noch tun. Aber nur so weitergewirtschaftet, die sachlichen Gründe sind jedenfalls verbraucht, und durch die jetzigen Methoden wächst die Freiheitsfront. Darauf j können Sie sich verlassen. Herr Becker, ist als Soldat aus früherer Zeit dazu übergegangen, Parolen zu zählen, 364 Tage haben wir noch, sagt Herr Becker. Sie haben jedenfalls den "Saarfreund", das Organ der Saarvereine noch nicht gelesen, sonst müßten Sie gesehen haben, daß der ganz anders zählt wie Sie. Lesen Sie den Artikel nach.

Dann möchte ich noch ein Gespräch im Eisenbahnabteil von Ihrer Seite erzählen. Ja, von Ihrer Seite, Herr Becker. Ich habe herausgefunden, daß zwei Nationalsozialisten im Eisenbahnabteil von Brebach und Saarbrücken erklärt haben, daß es Blödsinn ist, wenn Röchling sagt, 98%& der Bevölkerung stimme für Deutschland. Die Herrschaften um Röchling und Spaniol sollen sich ja nicht verrechnen, das ist nicht angenehm für uns, wenn man derartigen Blödsinn in die Welt hineinposaunt. Also, Herr Becker, Sie werden mit Ihrer Parole nochmals von vorne anfangen müssen, und Herr Pfarrer Wilhelm hat auch gemeint: hoffentlich hört der Spuk bald auf,darin stimmen wir mit ihm überein. Wir aber kämpfen für das, was das Deutsche Reich unter Adolf Hitler vom Ausland die ganze Zeit verlangt hat für Freiheit, Ehre und Recht. Meine Herren, wir werden solange kämpfen, bis das, was die Regierung vom Auslande verlangt, Freiheit, Ehre und Recht, auch im Saargebiet wieder hergestellt ist. Wir werden kämpfen, daß nicht nur im Saargebiet, sondern auch im Deutschen Reich Ehre, Recht und Freiheit wieder einzieht. - Freiheit!-

Freiheit !

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4 1

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Pink !

Abg. Pink (KP): Meine Dame und meine Herren! Die Kommunistische Partei und die Kommunistische Fraktion des Landesrates haben schon des öfteren den Antrag gestellt, eine volle Amnestie für alle politischen Gefangenen einzuführen, ebenso für alle diejenigen, die in der heutigen Zeit durch die bei ihnen herrschende Not mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind. Die Tatsache, daß die Gefängnisse im Saargebiet alle überfüllt sind, ist für die Lage im Saargebiet bezeichnend. Dem Herrn Kiefer möchte ich von dieser Stelle aus sagen, er und seine Leute, die heute hier den Mund so groß auftun, sind 14 Jahre lang mit der Völkerbundsregierung durch dick und dünn gegangen und sind mitverantwortlich für all das Elend und die Not, die heute auf Grund der Hungerverordnungen der Regierungskommission, (zu denen auch sie immer ihre Zustimmung gaben) in sehr vielen Arbeiterfamilien im Saargebiet anzutreffen sind.

(Abg.Pfarrer Wilhelm verläßt den Sitzungssaal!)

(Zuruf des Abg. Lorenz (KP): Jetzt geht er fort!)

(Zuruf des Abg. Wilhelm(DF): Hoffentlich werden Sie bald zum Teufel gejagt!)

Wir sind der Meinung, daß alle diejenigen, die durch die jahrelange Erwerbslosigkeit mit dem Gesetz irgendwie in Konflikt geraten sind, aus den Gefängnissen sofort zu entlassen sind.

Wir Kommunisten verweisen noch einmal auf den Antrag, den wir gestellt haben, daß die restlichen Haft-und Geldstrafen niederzuschlagen sind. Alle schwebenden Verfahren dieser Art werden eingestellt. Bereits verbüßte Strafen werden im Strafregister gelöscht.

Meine Dame und meine Herren! Es ist sehr bezeichnend, wie die Regierungskommission an die Dinge herangeht. Wir haben schon dutzende Male in der Arbeiterzeitung dazu Stellung genommen und aufgezeigt, wie die Klassenjustiz im Saargebiet aussieht. Ich möchte hier nur einige besonders krasse Fälle herausziehen. In Güdingen kam es anläßlich eines Aufmarsches der Nationalsozialisten zu einer Schlägerei. Die Nazis provozierten solange bis der Krach da war. Man verhaftete die Antifaschisten und verurteilte sie zu hohen Gefängnisstrafen. Keinem Nazi wurde ein Haar gekrümmt, alle laufen noch immer auf freiem Fuß herum. In Püttlingen kam es an der Kirmes ebenfalls zu einem Zusammenstoß. Die Nazi gingen in das Verkehrslokal der Arbeiter, provozierten dort solange bis die Antifaschisten sie aus dem Lokal wiesen. Im Verlauf dieser Schlägerei wurde eine ganze Reihe von Antifaschisten verhaftet und eingesperrt. Das Resultat war: hohe Gefängnisstrafen für die Antifaschisten, die Nationalsozialisten ließ man unbehelligt. Besonders möchte ich noch auf die Fälle von Merchweiler hinweisen. Am 1. Mai überfielen die Nationalsozialisten die Arbeiter und mißhandelten sie. Man verurteilte die Antifaschisten zu hohen Gefängnisstrafen und ließ die Nazis laufen. Der letzte Fall in Merchweiler, wo diese braunen Mörder nachts auf heimkehrende Arbeiter ein wildes Feuer eröffneten. Ein antifaschistischer Arbeiter blieb schwerverletzt auf der Straße liegen. Auch hier, wie in allen anderen Fällen, verhaftete und verurteilte man die revolutionären Arbeiter und die Nazis ließ man laufen.

In

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4 I

In Bettingen machten die Nationalsozialisten einen Umzug. Provozierend sagen sie: Die rote Front schlagen wir zu Brei! Das Resultat dieser Geschichte ist: Heute stehen zwei Antifaschisten unter Mordanklage vor Gericht. Weiter erinnere ich an den Fall Hemmer in Neunkirchen, der den Schwerkriegsbeschädigten Lang solange provoziert und ihm zugesetzt hat bis er in der Notwehr die Pistole zog und den Hemmer niederschoß. Anläßlich der Beerdigung des Hemmer in Neunkirchen haben die gleichgeschalteten Zeitungen im Saargebiet geschrieben: Hemmer ist der "Horst Wessel im Saargebiet". Ich sage von dieser Stelle aus: einen würdigeren Kumpan hätten die Nazis im Saargebiet für ihren Horst Wessel nicht finden können als eben diesen Hemmer, der tagelang besoffen war und nichts anderes wußte und konnte als Frau und Kinder zu verprügeln und seine Unterstützung in Bier umzusetzen.

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Sie haben Ihre Redezeit überschritten, ich bitte, zum Schluß zu kommen.

Abg. Pink (KP) fortfahrend: Wir verlangen als Kommunistische Landesratsfraktion, daß der Schwerkriegsbeschädigte Lang sofort auf freien Fuß gesetzt wird und das Verfahren aufgehoben wird.

Ein anderer Fall: Die Geschichte von Herbert Becker. Derselbe mußte vor Jahresfrist ins Reich flüchten, weil er einen Zusammenstoß hatte mit dem rühmlichst bekannten Polizeimann Lehmann aus Neunkirchen. Lehmann, der inzwischen ebenfalls ins Reich geflüchtet ist, weil er sich als Polizeibeamter an der Befreiung des berüchtigten Malters aus dem Gefängnis Neunkirchen beteiligt hat. Derselbe Malter, der kurze Zeit nachher im Reich wegen eines Sittlichkeitsverbrechens verhaftet worden ist. Die Nationalsozialisten, in Verbindung mit der Saarlandspolizei, haben den inzwischen ins Saargebiet zurückgekehrten Antifaschisten Becker aufgespürt und in Saarwellingen eine regelrechte Treibjagd auf ihn veranstaltet. Mit Revolvern und Karabinern bewaffnet, machten sie eine schändliche Jagd auf ihn, bis er schließlich mit aufgerissenem Leib durch die Mörderkugeln niedergestreckt wurde. Wir verlangen und stellen hiermit den Antrag, daß die Mörder von Herbert Becker sofort zu verhaften sind. Hunderte solcher Fälle könnte man hier anführen.

Die Rote Hilfe im Saargebiet fordert die Genehmigung, eine Sammlung durchführen zu dürfen, um all die Hinterbliebenen und Opfer des Faschismus auch hier an der Saar und die Opfer der Klassenjustiz unterstützen zu können.

Zum Schluß möchte ich noch auf eins aufmerksam machen: Aus der Denkschrift der Regierungskommission zum Jahresbericht an den Völkerbundsrat geht klar hervor, daß die Regierungskommission weiß, daß im Saargebiet SA-und SS-Mordkolonnen zusammengestellt sind und bestehen. Obwohl die Regierungskommission über das Treiben dieser Mordbanditen unterrichtet ist, unternimmt sie nichts, um diesen braunen Mordbanditen das Handwerk zu legen.

Wir als Kommunisten werden mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln den Kampf gegen diese Mordbanditen führen. Wir werden die Arbeiter im Saargebiet mobilisieren, daß sie unter unserer Führung in der roten Einheitsfront im revolutionären Kampf die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung zertrümmern und kämpfen werden für den Anschluß 1935 an ein sozialistisches Rätedeutschland.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

Staatskommissar Kuchenbecker: Ich weise die gegen die Regierungskommission und gegen die Gerichte erhobenen Beschuldigungen nachdrücklichst zurück. Die Unterstellungen treffen nicht zu. Eine Bestrafung in den genannten Fällen ist deshalb nicht eingetreten, weil diese die Überfallenen gewesen sind.

In der vorigen Kommissionssitzung ist an die Antwort einer Frage betreffend Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft in der Stadt Saarbrücken erinnert worden. Ich habe festgestellt, daß dieserhalb noch Erhebungen schweben. Sobald die Erhebungen abgeschlossen sind, wird eine Entscheidung ergehen.

Vorsitzender: Die Regierungskommission hat wiederholt erklärt, daß sie die Beschlüsse von kommunalen Körperschaften achtet. Wir erwarten, daß sie es auch in diesem Falle tut und den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung Saarbrücken in die Tat umsetzt.

Ich schließe die Sitzung (12 Uhr 20 Minuten)!

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4 I